Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 101. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. **Donnerstag, den 1. März 1877.**

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

34. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 28. Februar).

10 Uhr. Am Ministertisch Dr. Falk, Dr. Achenbach, Camphausen, die Geh. Räthe Greiff, Scholz, Stauder, Schneider, Lucanus u. A.

Das Haus setzt die dritte Berathung des Staatshaushaltsetats für 1877—78 mit dem Etat des Cultusministeriums fort.

Zu dem Capitel der Ausgaben für die Universitäten weist der Abg. Bachem die in einer der letzten Sitzungen ausgesprochene Behauptung des Abg. v. Sybel, daß die meisten namhaften katholischen Universitätslehrer Altkatholiken geworden seien, als objectiv unwahr zurück; er könne das nur als lapsus linguae auffassen, der Abgeordnete habe wahrscheinlich sagen wollen, daß alle namhaften Altkatholiken Universitäts-Professoren würden, weil sie jetzt Aussicht auf Beförderung hätten, während ultramontane Docenten, wie Heinßen, Schaffhausen u. s. w., lange und vergeblich hätten auf Beförderung warten müssen.

Abg. v. Sybel betont, daß der erstere der genannten Professoren allerdings lange Zeit auf Beförderung hätte warten müssen, aber aus anderen als confessionellen Gründen, und er selbst habe schließlich zu dessen Beförderung mitgewirkt; was den zweiten Professor anlange, so würde derselbe es ihm Dank wissen, wenn er nicht auf die näheren Gründe einginge. Es sei dies überhaupt ein Capitel, welches die Herren vom Centrum besser thäten überhaupt nicht vorzubringen.

Zu Cap. 124 „Gymnasien und Realschulen" befürwortet Abg. Schläger dringend für die Zukunft eine Erweiterung der staatlichen Beihilfe für die Ausbildung des weiblichen Geschlechts und beklagt die Vorurtheile, die im Gegensatze zu anderen Staaten bei uns noch immer der Zulassung von Frauen zur wissenschaftlichen Carriere entgegenstehen.

Abg. Schaffer beschwert sich über die Verzögerung der dringend nothwendigen Erweiterung des Gymnasiums zu Ratibor. In einem einzigen Jahre mußten wegen der beschränkten Raumverhältnisse 115 Schüler zurückgewiesen werden.

Ministerial-Director Greiff erwidert, daß Verhandlungen über neue Bauprojecte, insbesondere über die Errichtung eines zweiten Gymnasiums zu Ratibor der Grund dieser Verzögerung seien. Die Regierung beabsichtige aber demnächst einen Commissar nach Ratibor zu senden mit dem speciellen Auftrage, nach genauer Orientirung über die localen Verhältnisse einen definitiven Abschluß dieser Verhandlungen und damit die Beseitigung des gerügten Uebelstandes noch in diesem Jahre herbeizuführen.

Zu Cap. 125: „Elementar-Unterrichtswesen", führt Abg. Schröder (Lippstadt) Klage über die Folgen des Schulaufsichtsgesetzes, die sich vor Allem in einer Verschlechterung der Lehrer-Qualität äußern. Redner beruft sich zum Beweise für diese Behauptung auf ein von ihm in voriger Session im Schreibzimmer des Hauses angehörtes Gespräch des früheren Abg. Löw und des jetzigen Mitgliedes Abg. Löwenstein, worin diese üble Wirkung des Schulaufsichtsgesetzes offen anerkannt sei.

Abg. Löwenstein bestreitet für seine Person ganz entschieden, daß er sich erinnere, jemals eine solche Aeußerung gemacht zu haben (Heiterkeit) und muß auch, was den früheren Abg. Löw betrifft, in die Richtigkeit der Angaben des Vorredners gelinden Zweifel hegen.

Beim Capitel 127 „Cultus und Unterricht gemeinsam" erhält Abg. Cremer das Wort: Ich glaube wohl, daß ein Jeder im Hause, der mich näher kennt, mir das Zeugniß nicht versagen wird, daß ich mich bis jetzt überhaupt nicht in die Culturkampfsdebatte gemischt habe, obgleich auch ich das Ende des Kampfes herbeisehne, aber ich ergreife am Schluß der Etatsberathung das Wort, weil ich als stillschweigender Zuhörer der Debatten und als gründlicher Beobachter des Volkes einsehe, daß die Sache nicht mehr so weiter geht. Die Uebergriffe, welche sich die Staatsgewalt auf Grund der Maigesetze in das Gesammtgebiet der bürgerlichen Freiheit gestattet, und die schroffe Zurückweisung, welche wir von einigen Seiten des Hauses mit unsern Klagen erfahren, müssen nothwendig dahin führen, daß das Gefühl der Zusammengehörigkeit der Staatsbürger gelockert wird und daß die Katholiken alle Lust und Freude an dem Zusammenhang mit dem Staatsverbande verlieren. Sie, die Sie augenblicklich die Gewalt in Händen haben, dürfen nicht in einseitiger Weise auf das Gesetz berufen, wie der Abg. Lasker neulich gethan, denn gerade er mag doch bedenken, daß das israelitische Volk gewiß nicht erhalten hätte, wenn es immer die Staatsgesetze befolgt hätte, und was die Protestanten anbetrifft, so ist doch die Reformation nichts weiter als eine Revolution auf socialem und politischem Gebiete gegen die damals bestehende Rechtsordnung. Ebenso ehren wir die Männer, welche um des Gewissens willen sich der bestehenden Rechtsordnung nicht fügten, jetzt hoch; nun, die Katholiken befinden sich heute auf dem demselben Standpunkt. Es handelt sich hier nicht darum, wie Herr von Sybel behauptet, ob der unfehlbare Papst, oder der Kaiser in Deutschland herrschen soll, sondern darum, ob den Katholiken noch möglich ist, unter diesen Maigesetzen, die ja solche zu leben, und da sage ich auch nach voller Ueberzeugung, wenn die Gesetze durchgeführt werden, wie sie lauten, so ist es für den Katholiken, der als seinem Glauben untreu zu werden, möglich. Jeder, der sich auf einem persönlichen und nachgiebigen Standpunkte verharrt, so daß ich zuweilen mit meinen eigenen Freunden in Collision gerathen bin, [illegible] große Connivenz der Regierung gegenüber anlagen; aber mit Bezug auf die letzten Debatten bin ich dahin gekommen, zu sagen: Kehren Sie um, es ist noch Zeit! Glauben Sie mir, es können Krisen für den preußischen Staat eintreten, in denen er auf die Sympathie von acht Millionen Katholiken nicht verzichten kann und in denen Sie es uns danken werden, wenn wir treu und fest auf dem Posten stehen, auf dem wir immer gestanden haben; deshalb möchte ich dringend bitten, daß alle diejenigen, die es gut mit dem Staate meinen, sich endlich die Hand reichen, um zu einer Verständigung zu gelangen. Ich verlange nicht von Ihnen, daß Sie nach Canossa gehen (Heiterkeit); vielleicht gelingt es uns, irgend einen Punkt anzugeben, der Ihnen geographisch besser gelegen, der zur Umkehr [illegible] werden und je eher es geschieht, desto besser. Ich möchte, daß der Staat, dem wir alle angehören, sich nicht im innern Kampf zerstört werde; es ist schon [illegible] Autorität nach 50 Jahren nöthig, um das zu vertheidigen, was in 10 Jahren erobert worden. Wir sehen in unseren Dingen bis zur äußersten Grenze des Nachgebens gekommen, aber nach dem [illegible] im 19. Jahrhundert ist es den Katholiken nicht [illegible] geworden, im preußischen Staate zu existiren. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Lasker: Auch ich habe, wie der Abg. Cremer, als ein stillschweigender Zuhörer häufig den Debatten zugehört, die über den Culturkampf geführt worden sind, und es ist die Ueberzeugung in mir gekommen, wenn die Redner buchstäblich beim Worte zu nehmen wären, wenn wirklich ein solcher Zustand im Lande herrschte, wie sie theoretisch behaupten, so würde daraus folgen, daß die verschiedenen Religionsbekenntnisse unter denselben Sitten und Gesetzen neben einander gar nicht wohnen können. Es hat mich deshalb der versöhnliche und warme patriotische Anruf des Vorredners so angemuthet, da ja gerade in diesem Jahre die Debatte eine solche Höhe erreicht hat, daß sie darüber hinausgehend, nicht mehr parlamentarisch genannt zu werden verdiente. Ich meine nun, daß eine Verständigung am besten erzielt würde, wenn wir bei diesem äußeren Punkte begönnen, wenn wir uns auf beiden Seiten das Zugeständniß machten, daß nicht stets die schärfsten Ausdrücke gewählt werden und daß wir uns auf dem gemeinsamen Boden eines Strebens nach dem Ziel des Wohles des Vaterlandes zusammenfinden.

Der eine Theil Ihrer Beschwerden betrifft Verletzungen, die auf Ungeschicklichkeiten unserer Regierungsorgane zurückzuführen sind, deshalb unter jeder Regierung vorkommen werden; andere wirkliche Rechtsverletzungen, namentlich solche, die sich auf eine Beschränkung des Rechtsweges beziehen, und bei denen Sie stets unserer vollen Unterstützung gewiß sein können, wird auch die Regierung auf unser Ersuchen abzustellen bereit sein. Es kommen aber Debatten vor, bei denen ich völlig überzeugt war, daß nicht allein Ihr Rechtsgefühl, Ihre staatsbürgerliche Meinung, sondern Ihr innerstes religiöses Gefühl zum Ausdruck kommt, und da allerdings entbrennen die Geister, da wird der Streit viel heftiger, und hier ist der Punkt, wo eine Lösung gesucht und gefunden werden muß. Der Vorredner erwähnte der Debatte über das Beichtgeheimniß. Ich, ganz außerhalb dieser Sache stehend und gewiß mit Vorsicht bestrebt, nicht irgendwie in diese Materie einzugreifen, muß sagen, daß nach der Prüfung des gesetzlichen und Rechtsstandpunktes zwar anzunehmen ist, es habe das Obertribunal in dieser Sache so entschieden, wie das Gesetz es anweist; ob es aber rathsam ist, daß wir in vollem Umfange Gesetze aufrecht erhalten, die zu solchen Erkenntnissen führen müssen, das ist eine weitere Frage. (Hört! im Centrum.) Ich nehme an, daß in den Maigesetzen in der That die Absicht obgewaltet hat, auch die Beichte als ein Zuchtmittel im Sinne des Gesetzes anzusehen, aber wenn Sie mich fragen, ob dieses Mittel der gewährten oder verweigerten Absolution wegen Befolgung oder Nichtbefolgung der Maigesetze zu einem Strafverfahren vor den Richter führen soll, so antworte ich unbedingt: ich verzichte lieber auf dieses Mittel, als daß in dieser Weise zu nahe getreten werde. (Zustimmung.) Laden Sie uns dazu ein, daß wir in Erwägung treten, ob solche Bestimmungen nicht fortzuschaffen seien und wir werden gewiß, wenn wir die Ueberzeugung gewinnen, daß das religiöse Gewissen beunruhigt werde, gern die Hand dazu bieten. Ich spreche dies nur in meinem eigenen Namen, Sie werden aber gewiß Viele unter uns finden, die bereit sein werden, im Wege der Revision solche Dinge aus den gegebenen Gesetzen zu entfernen, die wirklich dazu angethan sind, in das innere Gebiet der Religion und der Gewissen einzudringen.

Womit wir uns aber niemals einverstanden erklären können, das ist die Theorie, es gäbe eine ganze Klasse von Gesetzen, welche für einen Theil der Staatsbürger nicht die höchste Norm für sein Verhalten wären. Der Vorredner hat auf mein eigenes Religionsbekenntniß und die Geschichte meiner Religion hingewiesen. Gewiß wird Keiner in diesem Hause glauben, daß ich meiner ganzen Erziehung und Tradition nach anders handeln könnte, als stets geleitet von dem Gefühl der Sympathie für den Bedrückten. Auch werden Sie mich sicher für einen unparteiischen Zeugen halten, denn irgend ein Gedanke religiöser Voreingenommenheit kann bei mir nicht vorhanden sein. Ich weiß ja, daß die Gesetze der Toleranz, des wechselseitigen Duldens die alleinige Grundlage sind, auf welcher unsere israelitische Minorität bestehen kann; ich habe mir nie ein Geheimniß darüber gemacht, daß, wenn es gelingt, die religiösen Zwistigkeiten so anzuregen, daß die beiden großen Religionsgenossenschaften nicht in Duldsamkeit neben einander bestehen können, der erste, der darunter zu leiden und zu büßen haben wird, der schwächste ist, nämlich die Minorität, die zwischen beiden steht. Sie sehen ja die Anzeichen davon. Wenn Sie mit einander heftig streiten, so wird immer von dem Einen oder dem Andern als ein Opfer der Dritte hinzugeschleppt; so bald etwas Kränkendes gesagt werden soll: meine Glaubensgenossen trifft es immer zuerst. Wenn Sie in allem Uebrigen uneinig sind, in diesem Punkte pflegt Einigkeit vorhanden zu sein. Nur von der fortschreitenden Bildung und religiösen Duldsamkeit und nur dadurch, daß eben von allen Seiten der gute Wille des Nebeneinanderlebens herbeigebracht wird, haben wir diejenige Sicherheit der gesetzlichen und gesellschaftlichen Zustände zu erwarten, bei der wir bestehen können. So sehr aber diese Dinge mich auch bewegen mögen, Eines steht mir noch höher, anerkannt muß überall sein, daß in dem Staate nur gelebt werden kann auf der Grundlage einer guten befestigten Sitte und eines streng herrschenden Gesetzes; die Sitte als Grundlage dafür, daß in dem Gesetze Nichts zugemuthet werden kann, was in der That nicht zugemuthet werden soll. Wenn unsere strenggläubigen Israeliten davon sprechen wollten, daß das, was ihnen die Religion der Form oder auch dem Inhalt nach vorschreibt, stets und jederzeit den Staatsgesetzen voranzugehen habe, so würden wir Alle den deutschen Staat und vor Allem Preußen verlassen müssen.

Wie wäre dann nur eine allgemeine Dienstpflicht möglich? Aber stets haben unsere Religionslehrer gesagt, jede Religion habe zur unbedingten Voraussetzung, daß sie so beschaffen sei, daß sie nach der staatlichen Ordnung bestehen könne. Und auch die katholische Religion hat diesen Satz anerkannt, wo sie nicht als streitende, sondern als friedenstiftende aufgetreten ist. Die Forderung, daß die Herrschaft des Gesetzes anerkannt werde, ist aber nicht unvereinbar mit dem guten Willen, aus diesem Gesetz Solches zu entfernen, was nach der uns beigebrachten Ueberzeugung nicht mehr Gegenstand des Gesetzes sein sollte und ich bin ferner der Meinung, daß, wenn Sie eine Anzahl von Bestimmungen werden ausgesondert haben, bezüglich deren eine Abänderung herbeigeführt werden muß, dann wird auch der Zeitpunkt einer möglichen Verständigung gegeben sein. Hüten wir uns aber, bis dieser Zeitpunkt gekommen ist, daß wir den innerlich schon so schweren Kampf nicht noch mehr verschärfen durch die Art, in der wir den Streit führen und daß wir dadurch nicht in der That die Möglichkeit verlieren zu einer Verständigung zu gelangen, die weder durch ein einseitiges Nachgeben von hier, noch durch ein einseitiges Nachgeben von der anderen Seite erreicht werden wird. Wenn wir am Schluß der Session durch diesen Austausch der Gesinnungen Einiges gewonnen haben, um in der Zwischenzeit die Bahn nicht noch mehr zu versperren, dann, glaube ich, wird selbst nach allen Irrungen, die wir in dem Culturkampfe erlebt haben, vielleicht noch ein Restchen von Vortheil übrig bleiben, der uns später als Faden dienen wird, um aus diesem Labyrinth herauszukommen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Schorlemer-Alst: Nach den Worten des Abg. Lasker, in denen ich einen wohlwollenden und milden Ton erkenne, werde ich mich jedes Wortes enthalten, das irgend wie verletzend wirken könnte. Wenn er indeß an eine Religion vor Allem die Anforderung stellt, daß sie so sein müsse, daß der Staat mit ihr bestehen könne, so muß ich ihm erwidern, daß die katholische Religion gerade diejenige ist, mit der nicht nur jeder Staat bestehen kann, sondern daß sie in Wahrheit die Gründerin und die Stütze der größten Staatssysteme gewesen ist, die die Geschichte kennt. Der Vorredner meint sodann, daß dieser Streit, Culturkampf genannt, zwischen den Confessionen bestände, diese Auffassung halte ich für unrichtig. Ich kann wenigstens versichern, daß uns nichts ferner liegt als irgend ein Hader oder ein abgeneigtes Gefühl bezüglich anderer Confessionen. Wir dürfen uns darauf berufen, daß in diesem Kampfe, so schwer und erbittert er bisher gewesen ist, doch niemals unsererseits eine Verletzung einer anderen Confession und einer anderen religiösen Anschauung stattgefunden hat. Wo ein Ansatz dazu gemacht wurde, haben wir es stets als einen großen Mißgriff und als ein Unrecht verurtheilt. Wir wollen mit allen Confessionen und vor Allem mit der, der die Mehrzahl der Staatsbürger angehört, in Frieden leben. Bedenken Sie aber nur unsere Lage. Gerade diejenigen Fragen, die uns und unserer Confession die wichtigsten und heiligsten sind, werden durch eine Mehrheit dieses Hauses und durch eine Regierung entschieden, die unserer Confession nicht angehört. Gerade danach mögen Sie das Schmerzliche unserer Empfindung ermessen und wie schwer es uns ist, den confessionellen Frieden denen gegenüber aufrecht zu erhalten, in Betreff derer wir fortwährend das verbitternde Gefühl haben, unterdrückt zu werden. Den Beweis dafür, daß ein wirklicher Eingriff in das Gebiet unseres Gewissens und unserer Religion stattfinde, haben wir redlich geliefert, und der Vorredner hat das zum Theil selbst anerkannt. Er sagte zum Schluß: er erkenne in dem, was gesprochen sei, wohl ein Anerbieten der Versöhnung in Worten, aber nicht in der That. Wir werden nicht nachlassen, Ihnen auch ferner und in der nächsten Session den gewünschten Beweis dafür darzubringen, daß durch die Gesetze in unser innerstes Gewissen eingegriffen wird, und wir wollen dann abwarten, ob das, was der Abg. Lasker uns heute im Namen der Mehrheit versprochen (Widerspruch und Rufe: im eigenen Namen) — nun, meine Herren, doch wohl auch gewiß im Namen derjenigen zahlreichen Stimmen, die ihm Beifall zuriefen, — ob das blos ein Entgegenkommen in Worten oder in Thaten gewesen ist.

Abg. Schröder (Lippstadt): Es ist gewiß Niemand in irgend einer Partei dieses Hauses, dem die Ausführungen des Abg. Lasker nicht sympathisch gewesen sind. Wenn er aber davon sprach, daß wir gegen eine Gesammtheit von Gesetzen Front machten, so ist das zu weit gegangen. Schon vor Erlaß der Maigesetze ist der Regierung von den Bischöfen erklärt worden, daß nur einzelne Punkte in denselben es wären, die nicht befolgt werden könnten, daß aber die ganze Tendenz und die darnach hin zugespitzte künstliche Complication derselben es allerdings nothwendig bewirken müsse, sich ihnen im Ganzen zu widersetzen. Wie stellt sich denn der Cultusminister thatsächlich zu den Wirkungen dieser Gesetze? Auch da, wo er ihre Härten uns gegenüber anzuerkennen gezwungen ist, so z. B. in dem Falle, wo ein altkatholischer Staatspfarrer zu Herzogswaldau in eine katholische Gemeinde eingesetzt ist, wo auch nicht ein einziger Altkatholik existirt, sagt er einfach: ich muß die Gesetze ausführen. Das, meine Herren, ist der Standpunkt des Shylock: „ich stehe auf meinem Schein!" Die Voraussetzungen, unter denen die Maigesetze erlassen sind, haben sich durch die Emanirung des Civilehegesetzes total verändert; vor Erlaß desselben waren die katholischen Pfarrer und Bischöfe Staatsbeamte, denn sie functionirten als solche in den wichtigsten Angelegenheiten. Davon ist jetzt gar keine Rede mehr, weshalb geht denn der Cultusminister auf Grund dieser thatsächlichen Aenderungen nicht mit einer Revision der Maigesetze wenigstens in den härtesten und erbitterndsten Bestimmungen vor? Es ist gewiß wohl zu einem guten Theil das persönliche Engagirtsein des Cultusministers an dem Zustandekommen dieser Gesetze, das ihn nun von einer Revision zurückhält. Nachdem es sich im Jahre 1871 gezeigt hatte, daß ein deutscher Botschafter sich genialer erwies, als es mit dem Wohl des Staates und der leitenden Staatsmänner verträglich schien (Bewegung), nachdem ferner ein ganz gewöhnlicher Mensch in Belgien an den Erzbischof von Paris einen unsinnigen Brief gerichtet hatte, da genügten diese Thatsachen vollständig, um energisch von uns eine Revision des deutschen Strafgesetzbuches zu verlangen, das die Nation vier Jahre vorher erst geschaffen hatte. (Sehr wahr! im Centrum.) Warum kommt uns denn nun der Cultusminister nach den traurigen Erfahrungen der vergangenen 5 Jahre nicht mit einer Revision der Maigesetze. Es ist seine patriotische Pflicht, eine solche zu beantragen und hierin nach dem Spruche zu handeln: Quod male coeptum, bene mutasse ne pudeat! (Beifall im Centrum.)

Cultusminister Dr. Falk: Ich habe mich gestern und heute auf's Aeußerste zurückgehalten, und zwar wesentlich wegen der gegen meine Person gerichteten Angriffe, die ich der allgemeinen Beurtheilung überlassen zu können meinte. Freilich wird immer wieder der Gedanke mir nahe gebracht, ich sei persönlich engagirt und möchte doch wohlthun, mein Verhalten zu ändern, denn sonst würde mit dem Ende des Culturkampfes auch meine amtliche Stellung zu Ende sein. Ich zweifle gar nicht, daß dahinter vielleicht auch der Gedanke liegt, daß ich, um an dieser Stelle zu bleiben, den Culturkampf weiterführe. Meine Herren, ich habe an dieser Stelle nun mehr als fünf Jahre gestanden, unter dem täglich fühlbaren Druck ernstester Verantwortlichkeit, unter einer auch die Kräfte einer leidlich für die Arbeit geschaffenen Natur niederbeugenden Ueberlast schwerster Arbeit, und in einer Durchführung meiner Pflichten, bei der ich täglich den bittersten, härtesten, sauersten Kampf habe — wer einen Zweifel an der Richtigkeit dieser Worte hätte, der möge doch die letzten 12 Tage nicht vergessen und namentlich den gestrigen. Können Sie es denn wirklich für einen verständigen Mann und für Jemanden, der noch eine Spur von Empfindung hat, begreiflich finden, daß er um seiner Person willen an dieser Stelle bleibe? Ich denke, Sie werden sagen müssen: es sei doch etwas Anderes, was ihn dazu treibt auszuhalten und das ist etwas, was Gott sei Dank bei mir noch nicht verloren gegangen ist, nämlich unter allen Umständen den Ruhm des preußischen Beamten aufrecht zu erhalten, seine Pflicht zu erfüllen, die Sache möge so schwer sein, wie sie wolle! (Beifall.) Der Vorredner meinte, weil die Bestimmungen der Maigesetze, insbesondere des vom 11. Mai 1873 vorausgesetzten, daß der Geistliche ein Staatsbeamter sei, dürfe die Regierung jetzt nicht mehr Aufsicht auf ihn haben, nicht mehr eine gewisse Bildung von ihm verlangen, habe nicht mehr Einrichtungen entgegenzutreten, die geeignet sind, den Geistlichen herauszuheben aus seiner eigenen Nation, ja die kirchlichen Oberen hätten nicht mehr nöthig, nur eine Anzeige zu machen von einer beabsichtigten Anstellung. Nein, m. H., das war nicht der Gedanke, der uns bei der Abfassung der Maigesetze geleitet hat, sondern vielmehr der: Weil der Geistliche im eminentesten Sinne des Wortes der Lehrer des Volkes ist, darum ist es die zwingende Pflicht Derjenigen, die das organisirte Volk zu führen und zu schützen haben, solche bedeutende Mächte im Auge zu behalten und gegen den Mißbrauch solcher Mächte die absolut nothwendigen Schranken aufzubauen! (Sehr wahr!)

Meine Herren! Sie stellen an die Regierung die Forderung, sie soll Ihnen mit Revisionsvorschlägen kommen. Sie wollen ja aber eigentlich gar keine Revision, Sie wollen eine Beseitigung des Ganzen. Der Vorredner sprach ja ausdrücklich davon, daß wegen der Complication und der Tendenz der einzelnen Bestimmungen man den ganzen Gesetzen in ihrer Totalität Widerstand leisten wolle, und ist dies nicht noch gestern in den denkbar schärfsten Ausdrücken von dem Abgeordneten von Schorlemer gesagt worden? Wie würde es aufgefaßt werden, wenn ein solcher Schritt von Seiten des Ministeriums geschehe? Würden Sie (zum Centrum) nicht Alle sagen: Nun, Gott sei Dank, die Regierung ist auf dem Rückmarsch! und würde daraus nicht Ihr Wunsch und Ihr Ruf hervorwachsen: Nun wollen wir aber Alles dasjenige durchsetzen, was wir überhaupt wollen. (Sehr wahr! links.) Wenn Sie vielleicht unter dem Eindruck einer milden Strömung, die auch zu meiner besonderen Befriedigung durch dieses Haus gegangen ist, einige solche nach dem Frieden schmeckende Reden halten, so wird doch die Regierung nicht eher zu einer solchen Maßregel schreiten, als bis sie andere unter anderen Umständen gewonnene und in anderer Weise zeugende Beweise dafür gehabt hat, daß eben mit Beseitigung einiger Härten und Uebelstände dem ganzen bitterlichen Kampf ein Ende gemacht werden könne. (Sehr wichtig!) So lange die Ueberzeugung vorhanden ist, daß das nicht der Fall ist, werden Sie nicht darauf rechnen, daß der Wunsch des Abg. Schröder erfüllt werde. (Lebhafter Beifall links! Zischen im Centrum.)

Abg. Dr. Virchow: Ich habe mich recht gefreut, aus dem Munde des Abg. Schröder die Anerkennung zu hören, daß die amtliche monopolisirte Stellung, welche die katholische Kirche hatte, uns das Recht gab, den Weg zu verfolgen, den die Regierung einschlug. Ich habe auch aus den übrigen Bemerkungen heute zu meiner Ueberraschung entnommen, daß die Herren jetzt mit einer Revision der Maigesetze zufrieden wären und nicht mehr die absolute Beseitigung derselben fordern. Mit dem Abgeordneten Lasker kann ich zu meinem Bedauern nicht in allen Punkten einverstanden sein; derselbe war nach meiner Meinung heute etwas sentimental und nichts ist schlimmer, als in Religionssachen sentimental zu sein; darüber haben wir die bittersten Erfahrungen gemacht. Wenn ich es vollkommen begreife, daß gerade der Anhänger einer so sehr gedrückten Kirchengesellschaft, wie die jüdische es ist, sich hier berufen fühlt, als ein Hort einzutreten für alle die andern augenblicklich gedrückten, so dürfen wir, als praktische Staatsmänner, doch nicht so weit gehen, daß wir über dem einzelnen bedrückten preußischen Staatsbürger die Gesammtheit der Erscheinungen vergessen, die uns hier entgegentritt. Wenn der Abg. Schorlemer sagt: was sind wir für unschuldige Leute, wir thun gar nichts Böses, und wenn er dann mit einem kühnen Schritt die katholische Kirche als Staatengründerin hinstellt, die andere Confessionen gar nicht drücke, dann sind wir doch in einen Widerstreit der Thatsachen gekommen, wie er nicht schlimmer gedacht werden kann. Es ist ja unzweifelhaft, daß die katholische Kirche Staatengründerin war, aber ihr Staatengründungssystem ging so weit, daß sie die ganze Welt zu einem einzigen Staat machen wollte, und das war ja der Grund, weshalb sie in jedem einzelnen Staat dahin kam, wenn möglich, die Zügel in die Hand zu nehmen. Wir dürfen nicht vergessen, daß diese Ansprüche wohl vertagt, aber nicht von der Curie aufgegeben sind. Für so thöricht werden Sie uns doch nicht halten, daß wir um ein paar guter Worte glauben sollen, seitdem Herr Antonelli mit seinen vielen Geldern zu Grabe gefahren ist, sei plötzlich die Sache anders geworden. (Unruhe im Centrum.)

Nein, wir kennen die Curie, wir kennen ihr non possumus, und wir wissen, daß sie ist, was sie war, und daß sie sein wird, was sie gewesen ist (Sehr wahr! links). Das dürfen Sie uns doch nicht zum Vorwurf machen, daß wir die historischen Lehren nicht einfach in den Wind schlagen, daß wir, die wir berufen sind, für das Wohl aller Staatsbürger zu sorgen, jetzt nicht einseitig für das Wohl der römischen Curie sorgen werden. Ich suche das Heilmittel in möglichst freien Formen und gehe deshalb nicht so weit, wie der Abg. v. Sybel, daß ich ganze Provinzen in schlechten Zuständen beharren lassen will, um sie gewissermaßen zu strafen und mürbe zu machen. Ich bin auch nicht der Meinung, daß alle die Einzel-Quälereien, welche in Folge der Maigesetze geübt werden, geeignet sind, vorwärts zu bringen; die Lösung

kann nur durch freiheitliche Gesetze herbeigeführt werden und die Gesetze, zu denen wir kommen müssen, ist die Gesetzgebung über die Kirchengesellschaften. Ich verlange nicht eine stückweise Revision der Maigesetze, sondern ein Gesetz, welches allen Religionsgesellschaften gleiches Licht und gleiche Luft zu Theil werden läßt. Sie vom Centrum sind in den Culturkampf hineingegangen mit dem vollen Bewußtsein der privilegirten Kirche; dieses Bewußtsein ist Ihnen nun allmälig ausgetrieben worden. (Heiterkeit.) Ich habe dieselben Gesichtspunkte der evangelischen Kirche gegenüber geltend gemacht und mich deshalb der Synodalordnung widersetzt, ein Gesetz, das ich von Anfang an für den schlimmsten Fehler des Cultusministers gehalten habe, und das schon jetzt seine üblen Folgen bethätigt. Nur auf dem gemeinsamen Boden eines allgemeinen Religionsgesetzes, welches alle Confessionen mit gleichem Maße mißt, werden wir uns zusammenfinden.

Auch bei Gelegenheit des Unterrichts werden wir wichtige und große Fragen auszutragen haben, aber wir werden uns hier ebenso treu auf Seite der Regierung finden, wie am Anfang des Kampfes, wir werden nicht zugestehen, daß die Schule in die Hand irgend einer Confession falle; trotzdem werden wir Ihnen zur Seite stehen, wenn es sich darum handelt, jeden Zwang auf die Gewissen der Eltern zu beseitigen und die Freiheit zu sichern. Wir haben alles Interesse daran, uns die römische Hierarchie vom Leibe zu halten aber wir haben keinen Grund, sie anzugreifen, wo sie nicht direct den Anspruch erhebt, in unsere Verhältnisse bestimmend einzugreifen. Ich versichere, daß mir der jetzige Zustand höchst unerfreulich ist, aber ich kann nicht den Cultusminister für alle Quälereien einer Kategorie von Beamten verantwortlich machen, jener Streber, die den Ruf der preußischen Beamten nur schädigen und die wir aus der Conflictszeit kennen. Ich würde den Tag segnen, wo wir den untergeordneten Beamten diese Gesetze aus der Hand nehmen könnten und sie nicht mehr im Stande wären, solche Quälereien auszuüben. (Lebhafter Beifall links.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich bemerkt Abg. Dr. Lasker, daß er nicht im Namen der Mehrheit oder seiner Partei, sondern lediglich in seinem eigenen Namen gesprochen habe, wenn er auch glaube, daß viele seiner Freunde mit ihm übereinstimmen. Dem Abg. Dr. Virchow erwiedert er, daß er nicht improvisirt oder durch Sentimentalität bewogen so gesprochen, sondern daß sich diese Ueberzeugung schon seit Jahren in ihm gebildet habe.

Zu Cap. 127 Tit. 5, betreffend die Casse für die Nachgelassenen der Elementarlehrer, weist der Abg. Kropp die Regierung hin auf seine Ausführungen in letzter Session mit dem Ersuchen, in dem für die nächste Session zugesagten Unterrichtsgesetze den Härten Abhilfe zu schaffen, die besonders für die ganz kleinen Schulgemeinden mit sogenannten „Reiseschulstellen" in dem Gesetze vom 22. December 1869 enthalten seien.

Nachdem schließlich noch ein zum Etat gestellter Antrag des Abg. von der Goltz, betreffend die Ueberweisung von Chaussee-Einnehmer- und Wärterhäusern an die Provinzial- und Communal-Verbände der Budgetcommission überwiesen worden, wird der Etat im Ganzen nach den Beschlüssen zweiter Lesung unverändert angenommen. Desgleichen das Etatsgesetz in der früher festgestellten Fassung.

Es folgt die dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Uebernahme der Zinsgarantie des Staates für eine Prioritäts-Anleihe der Berlin-Dresdener Eisenbahn-Gesellschaft bis auf Höhe von 22,940,000 Mark.

Abg. v. Heereman erklärt sich gegen die Vorlage, weil kein Verkehrs-Interesse, kein Interesse der Eisenbahnpolitik dafür spreche. Die Linie sei für den Staat von keiner Bedeutung, denn sie werde niemals eine herrschende Linie sein. Warum man dieser Angelegenheit wegen mit Sachsen in Streit gerathen sei, könne er nicht begreifen; denn wenn er auch die Vortheile der Einheitlichkeit der Verwaltung einer Linie anerkenne, so sei das doch bei einer so kleinen Linie nicht von solcher Wichtigkeit, daß man deswegen das friedliche Zusammengehen mit einem Nachbarstaate aufgeben dürfe. Im Interesse des Zustandekommens des Reichseisenbahn-Gesetzes könne er das Vorgehen der preußischen Regierung nicht billigen, denn es erschwere die Lösung der Frage bedeutend. Wenn das Gesetz nicht angenommen wird, wird ein Bankerott nicht eintreten; wenn er eintreten sollte, würden die beiden betheiligten Staaten dennoch in der Lage sein, den Betrieb aufrecht zu erhalten und aufrecht erhalten zu müssen. Es würde also auch eine Schädigung der betheiligten Landestheile kaum erfolgen.

Abg. Graf Limburg-Stirum: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß sich der Staat in den Besitz durchgehender dominirender Linien setzen muß, um seinerseits das ganze Verkehrsgebiet zu beherrschen. Ich kann dabei gerade auf Sachsen verweisen, welches sich mit den allergrößten Opfern in den Besitz der gesammten Eisenbahnen gesetzt hat. Das Verfahren Preußens gegen Sachsen kann ich nicht tadeln, denn wir können doch von unserem Recht, welches uns der Vertrag giebt, nichts aufgeben. Wenn wir das Gesetz annehmen, schaffen wir der Regierung eine feste Position, und sie wird dann in der Lage sein, das Verhältniß mit Sachsen in bundesfreundlicher Weise zu regeln. Außerdem müssen wir das Interesse des Reiches im Auge behalten; es liegt entschieden im Interesse desselben, daß die Vorlage angenommen wird, denn dadurch wird die Durchführung des Reichseisenbahn-Projectes erleichtert.

Geheimer Regierungsrath Brefeld macht nur bemerklich, daß es sich im Interesse der Einheitlichkeit des Betriebes empfehle, die Vorlage anzunehmen. Es hieße alle Grundsätze für den Verkehr auf den Kopf stellen, wenn man die Einheitlichkeit für gesichert hielte, wenn Sachsen das in seinem Territorium belegene Stück an sich nehme. (Sehr richtig!) Außerdem würde die Trennung sehr kostspielig sein; es müßten Einrichtungen für den Uebergang an der Grenze geschaffen werden; es würden schwierige Abrechnungen nothwendig sein. Die nicht auf locale Verhältnisse bezüglichen Anordnungen würden in den Händen zweier Factoren liegen, ebenso die Entscheidung aller Beschwerden und Reclamationen. Im Staatsvertrage sei entschieden dieses Prinzip der Einheitlichkeit als wünschenswerth hingestellt und Preußen vertrete nur diesen Gesichtspunkt.

Abg. Dr. Löwe erklärt sich mit der von der Regierung betriebenen Eisenbahnpolitik im Ganzen und Großen einverstanden; er wünsche auch auf das Dringendste die Durchführung der Einheitlichkeit des Verkehrs. Was den Redner abhält, sei nur die Unklarheit des staatsrechtlichen Verhältnisses, dem man bei dieser Sache gegenüberstehe. Er wünsche nicht, daß der Staat, welcher die Hegemonie in Deutschland führt, den Anfang mit einem solchen Rechtsstreit mache. Redner hoffe, daß sich der Bundesrath nicht für incompetent in diesem Streite erklären werde, aber er wolle nicht, daß die Reichseisenbahnfrage in dieser Vorfrage zur Entscheidung komme, sondern sie müsse im allgemeinen großen Reichsinteresse gelöst werden. Aus dem Vertrage gehe hervor, daß Preußen dem Geiste des Vertrages gemäß in dieser Sache verfahren sei; denn der Staat, in welchem die Verwaltung der Bahn residirt und die größere Strecke liegt, hat einen entschiedenen Anspruch, die Leitung in seine Hand zu nehmen. Im politischen Interesse empfehle es sich aber, die Vorlage abzulehnen.

Handelsminister Dr. Achenbach: Der Vorlage wird eine größere Bedeutung beigelegt, als sie haben kann. Die Staatsregierung hat den Standpunkt eingenommen, der im Einklang steht mit den Gedanken, welche das Haus rücksichtlich der Eisenbahnpolitik gebilligt hat. Mit dem Reichseisenbahnproject steht die Vorlage nur insoweit in Verbindung, als durch die Uebernahme dieser Bahn das spätere Vorgehen wesentlich erleichtert werden sollte, während die Ablehnung nur von schädlichem Einflusse sein kann. (Sehr richtig!) Gerade der Paragraph des Vertrages mit Sachsen, nach welchem der Staat berechtigt sein soll, alle seine Rechte und Verpflichtungen auf das Reich zu übertragen, hat am meisten Anstoß erregt. Der Vorredner steht ganz auf dem Boden der Vorlage und dennoch verwirft er dieselbe. Ist es denn ein richtiger Standpunkt, wenn Preußen Rechte opfert, wo es dieselben besitzt? Es unterwirft sich ja ausdrücklich dem Ausspruch der competenten Richter. Wenn dem Ministerium eine Systemlosigkeit der Eisenbahnpolitik vorgeworfen ist, so könnte ich viel Belege beibringen, wo das Haus vollständig systemlos in diesen Sachen verfahren ist, besonders dem Minister von der Heydt gegenüber. (Sehr richtig!) Wenn die Vorlage abgelehnt wird, so wird daraus keine Cabinetsfrage gemacht werden; aber wie bedeutungsvoll die ganze Frage vom Ministerium aufgefaßt ist, geht wohl daraus hervor, daß kein Schritt von irgend welcher Bedeutung in derselben ohne förmlichen Staatsministerialbeschluß erfolgt ist.

Damit schließt die Generaldebatte. In der Specialdiscussion zu § 1 erhält der Abg. Berger das Wort, welcher erklärt, daß er gegen die Vorlage stimme, weil die Berlin-Dresdener Bahn eine der schlimmsten Gründungen der Schwindelperiode sei; weil er nicht wolle, daß der Staat seine Hand dazu biete, daß die Directoren der Bahn eine so horrende Entschädigung erhielten; weil ferner der Nutzen der Staatsverwaltung nicht den Stammactionären, sondern den Prioritäteninhabern zu Gute käme, die diese Unterstützung in keiner Weise verdient haben; dann weil sich der Nachbarstaat Sachsen in so loyaler Weise benommen, daß er den Dank nicht verdient, der ihm heute dafür erstattet werden soll; und endlich, weil der Streit noch vor den Richtern schwebt und es nicht angemessen ist, jetzt schon irgend ein Votum abzugeben.

In namentlicher Abstimmung wird darauf § 1 mit 193 gegen 191 Stimmen angenommen. (Große Unruhe im Hause.)

Nachdem die §§ 2 und 3 ohne Debatte angenommen sind, wird auf Antrag des Abg. Richter (Hagen) über das ganze Gesetz nochmals namentlich abgestimmt. Es werden 353 Stimmen abgegeben; zwei Abgeordnete (Lasker und Jacobi) enthalten sich der Abstimmung; mit ja stimmen 186, mit nein 165. Die Vorlage ist also angenommen. (Lebhaftes Bravo!)

Es folgt die Berathung des Antrages des Abg. Dr. Thiel: „Die Staatsregierung aufzufordern, in Erwägung zu ziehen, ob es sich nicht empfehle, zur Gewinnung eines tüchtigen Verwaltungspersonals für die Staatseisenbahnen den bisherigen Weg der vorzugsweisen Besetzung der höheren Stellen im Eisenbahndienste mit Juristen zu verlassen und eine eigene Eisenbahnbeamtenlaufbahn zu eröffnen."

Nachdem der Antragsteller in längerer Rede, die aber bei der im Hause herrschenden großen Unruhe gänzlich unverständlich bleibt, seinen Antrag motivirt, erklärt der Handelsminister Dr. Achenbach, daß die in demselben angeregte Frage eine sehr wichtige sei, die man nicht so leicht durch Annahme oder Ablehnung eines Antrages entscheiden könne; er werde aber der Frage die größte Berücksichtigung angedeihen lassen.

Mit Rücksicht auf die letzte Erklärung und die Geschäftslage des Hauses zieht der Abg. Dr. Thiel seinen Antrag zurück, behält sich aber vor, denselben in der nächsten Session wieder einzubringen.

Um 4 Uhr vertagt sich das Haus bis Donnerstag 10 Uhr (Kleinere Gesetze und verschiedene Commissionsberichte). — Der Präsident stellt in Aussicht, daß am Freitag Petitionen, am Sonnabend Wahlprüfungen erledigt werden sollen, so daß am Sonnabend der Schluß der Session erfolgen könnte.

12. Sitzung des Herrenhauses vom 28. Februar.

11 Uhr. Am Ministertisch: Eulenburg, Camphausen, die Geh. Räthe Krug v. Nidda, Hübner, v. Brauchitsch, Forch.

Der Präsident zeigt an, daß die Herüberkunft des Etats vom Abgeordnetenhause für heute bestimmt in Aussicht steht und erbittet vom Hause die Erlaubniß, die Berathung desselben schon auf die Tagesordnung des Freitag setzen zu dürfen und ebenfalls eventuell die Vorlage, betreffend die Berlin-Dresdner Bahn.

Die Erlaubniß wird ertheilt.

Vor der Tagesordnung ergreift das Wort Graf zur Lippe: Es wird der Aufmerksamkeit des Hauses nicht entgangen sein, daß bei der Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Umzugskosten der Staatsbeamten, im anderen Hause der Abg. Windthorst (Bielefeld) gewisse Aeußerungen über meine Person gemacht hat, welche ich hier nicht näher qualificire, weil er der Meinung war, ich hätte durch Aeußerungen in meiner Rede in diesem Hause vom 8. Februar über denselben Gegenstand den preußischen Richterstand beleidigt und herabzusetzen versucht. Ich habe dem Abg. Windthorst (Bielefeld) meinen Wunsch zu erkennen gegeben, daß er im anderen Hause sein Bedauern über die in Betreff meiner Person gemachten Aeußerungen ausspreche, indem ich ihm zugleich die Erklärung abgab, daß es keineswegs in meiner Absicht gelegen habe, den preußischen Richterstand herabzusetzen oder zu beleidigen. Ich bin überzeugt, daß eine solche Aeußerung in diesem Hause, welchem der höchste Richter des Landes zur Zierde gereicht, von dem damals anwesenden Chef der Justiz auf das Energischste zurückgewiesen worden wäre. Nachdem der Abg. Windthorst (Bielefeld) in der Montagssitzung des Abgeordnetenhauses die von mir gewünschte Erklärung abgegeben hat, nehme ich keinen Anstand, nochmals zu erklären, daß mir die Absicht der Beleidigung des preußischen Richterstandes damals durchaus fern gelegen hat und das hohe Haus wird, hoffe ich, keinen Zweifel gegen die Aufrichtigkeit und Ehrlichkeit meiner Erklärung hegen. Somit glaube ich, daß diese Angelegenheit von beiden Seiten mit der größten Loyalität erledigt ist. (Beifall.)

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Commission für Handel und Gewerbeangelegenheiten über den Gesetzentwurf, betreffend die Revision — beziehentlich Abänderung — der Reglements der öffentlichen Feuersocietäten.

Referent Theune empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung.

v. Wedell wird gegen die Vorlage stimmen, weil sie zu unbestimmt gefaßt ist.

Geh. Rath Forch befürwortet als Regierungscommissar den Antrag der Commission.

Dr. Elwanger vertritt die Fassung des Abgeordnetenhauses gegen den Vorwurf des Herrn v. Wedell.

Der Antrag der Commission wird angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der Commission für Handel und Gewerbe-Angelegenheiten über die Uebersicht über die Verwaltung der fiscalischen Bergwerke, Hütten und Salinen im preußischen Staate während des Jahres 1875.

Referent Geysmer befürwortet den Beschluß, daß das Herrenhaus mit Befriedigung von der vorgenannten Uebersicht Kenntniß genommen habe.

Es folgt die einmalige Schlußberathung des Gesetzentwurfs, betr. die Theilung der Provinz Preußen.

Referent Prof. Baumstark giebt eine historische Uebersicht über die Entstehung der Agitation für die Theilung der Provinz Preußen. Die historische Einheit des Landes Preußen sei nicht mit Bestimmtheit zu behaupten. Polen habe einen Theil der Provinz besessen, der Wiener Congreß habe sie als zwei Provinzen constituirt, aus welchen sie bis 1823 resp. 1829 bestanden habe. Politische Gründe könne Redner auch nicht für die Aufrechterhaltung der Einheit der Provinz anerkennen. Weder habe die Provinz in ihrer Gesammtheit unter den heutigen Verhältnissen eine specifische Culturaufgabe als Ostmark des Reiches, noch habe sie in getrenntem Zustande eine Vergewaltigung durch die Centralstaatsgewalt oder eine mangelhafte Wahrnehmung ihrer Specialinteressen durch dieselbe zu befürchten. Unbegründet sei ferner die Furcht vor der Vergewaltigung des deutschen Elementes durch das polnische in Westpreußen nach der Trennung. Auf die Identität der wirthschaftlichen Interessen und den Verkehr würden die politischen Grenzen ohne Einfluß bleiben. Redner bringt zu Gunsten der Vorlage alle jene Gründe vor, welche von den Freunden der Vorlage im anderen Hause bereits geltend gemacht sind. Er beantragt schließlich, die Vorlage unverändert in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung anzunehmen.

Graf v. Schlieben hofft im Gegensatz zu seinen ostpreußischen Landsleuten aus den bereits genügend im anderen Hause und durch den Referenten erörterten Gründen, daß in dem Hause keine starke Opposition sich gegen die Vorlage erheben werde. Er fürchtet die extreme Partei auf dem Provinziallandtage in Ostpreußen nicht, da dieselbe bald ausgewirthschaftet haben werde.

Graf Lehndorff fürchtet durch die Theilung eine Störung des Gleichgewichts zwischen den einzelnen Provinzen des preußischen Staates zum Nachtheil der von der Natur ohnehin vernachlässigten östlichen Provinzen.

Geh. Rath v. Brauchitsch entschuldigt die Abwesenheit des Ministers des Innern, welcher soeben nach dem Abgeordnetenhause abberufen sei.

Oberbürgermeister v. Winter bemerkt, daß es nicht Eigensinn der Westpreußen sei, wenn sie die Trennung anstreben. Er ist der Ueberzeugung, daß die Kräfte der beiden Provinzen zur freieren Entfaltung kommen werden, wenn sie von dem ewigen Widerstreit der Tendenzen befreit, dieselben ganz für ihre eigensten Interessen anwenden können. Er erkennt ebenso das Streben der Ostpreußen gegen die Theilung wie das der Westpreußen für dieselbe als natürlich an, und hat die feste Hoffnung, daß nicht als feindliche Brüder, sondern in friedlicher Entwickelung die beiden Provinzen in Zukunft neben einander leben werden. Er bittet aber, den Westpreußen das Recht der Selbstverwaltung zu geben, welches durch die Provinzial-Ordnung für die übrigen Provinzen geschaffen ist.

v. Witzleben warnt davor, hier eine Präjudiz für gleiche Anträge aus den Provinzen Schlesien und Sachsen zu schaffen, wo ein gleiches Verfahren seiner Ansicht nach verderblich wäre. Ohne eine Beruhigung darüber werde er gegen die Vorlage stimmen.

Graf zu Eulenburg weist auf seine 25jährige praktische Thätigkeit als Beamter in der Provinz Preußen hin, der er durch Grundbesitz von jeher angehört habe. Ein Hauptmoment für die Theilung sei die Ausdehnung der Provinz, die von den Ortschaften „Hochzeit und Kindelbier" (Heiterkeit) bis nach Memel reichte. Dadurch werde den Beamten die persönliche Kenntnißnahme der von ihnen bearbeiteten Angelegenheiten bedeutend erschwert. Er habe zwar früher gegen die Theilung gestimmt, weil die Angelegenheit damals noch nicht reif war. Jetzt nach Einführung der Provinzialordnung sei er nach Erwägung aller Gründe dazu gekommen, sich für die Theilung zu entscheiden.

Geh. Rath v. Brauchitsch tritt der Besorgniß entgegen, daß mit diesem Gesetze eine neue Aera für die Veränderung der territorialen Verhältnisse der Provinzen beginne; dieselbe sei wohl nur aus einer mißverstandenen beiläufigen Bemerkung des Ministers des Innern bei den Berathungen des Gesetzes im anderen Hause entstanden.

v. Witzleben erklärt jetzt seine Besorgnisse für beseitigt und wird für das Gesetz stimmen.

Frhr. v. Mirbach betont die mißliche Lage der ostpreußischen Mitglieder, welche ohne eine gründliche Berathung durch eine Commission des Hauses für ihre Sache plaidiren müßten. Die Motive der Regierung seien ganz im westpreußischen Sinne gearbeitet. Namentlich bestimmen ihn zur Ablehnung der Vorlage die großen Kosten, welche eine solche Aenderung der Organisation verursache und zu welchen die jetzige wirthschaftliche Lage nicht geeignet sei.

§ 1 wird darauf angenommen, ebenso ohne Debatte § 2.

§ 3 enthält folgende Bestimmung: „Es bleiben jedoch die gegenwärtigen Mitglieder des Provinzial-Landtages der Provinz Preußen bis zum Ablaufe ihrer Wahlperiode (§ 19 der Provinzial-Ordnung) dergestalt in Wirksamkeit, daß die Abgeordneten der zu den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen gehörigen Kreise die Vertretung der Provinz Ostpreußen, die Abgeordneten der zu den Regierungsbezirken Danzig und Marienwerder gehörigen Kreise die Vertretung der Provinz Westpreußen bilden."

v. Simpson-Georgenburg stellt den Antrag, die Bestimmung folgendermaßen zu fassen: „Es bleiben die gegenwärtigen Mitglieder der Provinz Preußen bis zum 1. April 1878 in Wirksamkeit."

Ref. Prof. Baumstark bittet die Anträge von Simpson-Georgenburg abzulehnen und die Vorlage im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes unverändert anzunehmen, zumal durch Annahme des Antrages Incongruenzen in das Gesetz gebracht würden.

v. Simpson-Georgenburg hebt die principielle Wichtigkeit seines Antrages hervor und bestreitet, daß dadurch das Zustandekommen des Gesetzes gefährdet werde.

§ 4 wird mit zur Discussion gestellt. Derselbe bestimmt: „Wenn ein solches Uebereinkommen bis zum 15. October 1877 nicht zu Stande kommt, erfolgt die betreffende Regelung durch Gesetz. Streitigkeiten, welche bei Ausführung des Uebereinkommens entstehen, unterliegen der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts."

Graf v. d. Schulenburg-Beetzendorf beantragt in dem 1. Alinea statt: „durch Gesetz" zu setzen: „durch königliche Verordnung" und das 2. Alinea zu streichen.

Aus denselben Gründen wie der Referent bittet Geh. Rath v. Brauchitsch die gestellten Anträge abzulehnen.

Gleicher Ansicht sind Oberbürgermeister v. Winter und v. Gordon.

Der Antrag von Simpson-Georgenburg wird in namentlicher Abstimmung mit 49 gegen 22 Stimmen abgelehnt; der Antrag des Grafen v. d. Schulenburg-Beetzendorf wird zurückgezogen. Die §§ 3 und 4 werden unverändert angenommen; ebenso die §§ 5 und 6; desgleichen das Gesetz im Ganzen.

Um 4½ Uhr vertagt sich das Haus bis Donnerstag 12 Uhr. (Kleinere Vorlagen.)

Berlin, 28. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem emeritirten Pfarrer Gräfe zu Halle a. S., dem Kreisbaumeister a. D. von Bannwarth zu Bitterfeld, dem Bürgermeister a. D. Lindenberg zu Gardelegen, und dem Landesältesten, Rittergutsbesitzer und Kreisdeputirten Rodig auf Uhsmannsdorf im Kreise Rothenburg, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Major a. D., Landrath und Landschafts-Director von Gersdorff auf Ober-Cosel im Kreise Rothenburg den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Landschafts-Rendanten Köhnen zu Görlitz und dem Stadt- und Kreisgerichts-Secretär, Kanzlei-Rath Oloff zu Danzig den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Gemeindeschöffen und Schulvorsteher Jammer zu Liatkawe im Kreise Militsch das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der Kaiser hat dem Präsidenten des Reichs-Eisenbahnamtes Maybach in Berlin die nachgesuchte Entlassung aus dem Reichsdienste in Gnaden ertheilt.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Karl Kapp in Bombay zum Consul des Deutschen Reiches ernannt.

Se. Majestät der König hat den bisherigen Reichs-Eisenbahn-Amts-Präsidenten Maybach zum Unter-Staatssecretär im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten ernannt; dem praktischen Arzte rc. Dr. Wilke in Halle a/S. den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen; und der Wahl des Gymnasial-Oberlehrers Dr. Heinrich Julius Rothfuchs in Hanau zum Director des Gymnasiums in Gütersloh die Allerhöchste Bestätigung ertheilt.

Der Director der Thierarzneischule in Bern, Professor Dr. Pütz, ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Facultät der Universität zu Halle und zum Lehrer an dem dortigen landwirthschaftlichen Institute ernannt worden. An der Realschule zu Altona ist die Beförderung des ordentlichen Lehrers Herrmann Mehmel zum Oberlehrer genehmigt worden. Bei der Präparandenanstalt zu Laasphe ist der provisorische Vorsteher und erste Lehrer Schreff als solcher definitiv angestellt worden. Der praktische Arzt Dr. Géronne ist mit Belassung seines Wohnsitzes in Hillesheim zum Kreis-Physikus des Kreises Daun ernannt worden. — Der Kreisrichter Heym in Osterwieck ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Neuhaldensleben und zugleich zum Notar im Departement des Appellations-Gerichts zu Magdeburg, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Neuhaldensleben, ernannt worden. — Der Bureau-Diätarius Theodor Reinhold ist als Geheimer Secretariats-Assistent beim Reichs-Eisenbahn-Amte angestellt worden. — Der Ober-Procurator Haas zu Zabern ist in gleicher Eigenschaft an das Kaiserliche Landgericht in Metz versetzt.

Dem niederländischen General-Consul G. H. Wachter zu Hamburg ist Namens des Deutschen Reiches auch das Exequatur als niederländischer Consul in Harburg ertheilt worden.

Berlin, 28. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] hörten heute Vormittag die Vorträge des Chefs des Civil-Cabinets, Geheimen Cabinets-Raths v. Wilmowski, und des Directors im Auswärtigen Amte, Wirklichen Geheimen Raths v. Philipsborn.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags die Meldungen des General-Lieutenants von der Armee und Gouverneurs von Ulm, Grafen Neidthardt von Gneisenau, und einiger anderer Offiziere entgegen.

(Reichsanz.)

⊙ **Berlin**, 28. Febr. [Das Reichsgericht. — Der Invalidenfonds. — Der Nothstand.] Heute hält der Bundesrath abermals eine Sitzung, in welcher die gestern nicht mehr zur Ausführung gelangte Abstimmung über den Sitz des Reichsgerichts wieder auf der Tagesordnung steht. — Bei Berathung der Gesetzvorlage wegen Abänderung des Gesetzes über die Gründung und Verwaltung des Reichs-Invalidenfonds hatte der Reichstag in seiner Sitzung vom 8. Februar v. J. beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, die nach dem Gesetz von 1873 aufzustellende Bilanz, in welcher der zeitige Capitalwerth der dem Reichs-Invalidenfonds obliegenden Verbindlichkeiten angegeben ist, aufstellen zu lassen und dem Reichstage in der nächsten Session vorzulegen. Das Ergebniß der nunmehr angefertigten Bilanzrechnung ist jetzt dem Bundesrath vorgelegt worden und wird voraussichtlich demnächst auch an den Reichstag gelangen. Von dem ursprünglichen Capital des Invalidenfonds im Betrage von 561,000,000 Mark sind bisher ausgegeben worden 7,430,843½ M., so daß 553,569,156½ Mark verblieben sind. Für die Berechnung des zeitigen Capitalwerthes der dem Fonds auferlegten Verbindlichkeiten sind vier Uebersichten aufgestellt worden. Es beläuft sich danach der Capitalwerth der Pensionen für Offiziere, Militärbeamte u. s. w. 137,211,393 Mark, der Bewilligung für deren Hinterbliebene 10,555,180 M., der Pensionen für Militärpersonen der Unterklassen 257,096,470 M. und der Bewilligung an deren Hinterbliebene 39,338,136 M., zusammen 444,201,179 M. Mithin ist ein Capitalüberschuß von 109,367,977½ M. vorhanden. Eine andere Art der Ermittelung des Vermögensstandes, diejenige nämlich auf der Grundlage des zeitigen Börsencourses der Werthpapiere des Reichs-Invalidenfonds, konnte nicht in Anwendung gebracht werden, da die Börsencourse steten Schwankungen unterworfen sind. — Die neuesten Berathungen im Staatsministerium haben sich namentlich mit den durch die Nothstände angeregten wirthschaftlichen Fragen beschäftigt. Es sind zunächst Aufnahmen über den Umfang der vorhandenen Nothstände in Berlin und andern großen Städten angeordnet worden.

Kiel, 28. Febr. [Die Post aus Stockholm] vom 25. und 26. d. M. ist heute eingegangen. Heute fehlen noch die Posten aus Christiania vom 25. und 26. d. M.

Frankreich.

⊙ **Paris**, 26. Febr. [Stichwahl in Avignon. — Aus der Deputirtenkammer. — Zur Verfolgung Cassagnacs.

Prozeß der Frau Simon. — Bankette. — Neuer Präfectenschub. — Zur Verlegung des Regierungssitzes. — Pater Hyacinth.] Bei der gestern im Bezirk von Avignon stattgehabten Stichwahl ist der radicale Candidat Saint Martin gewählt worden. Er erhielt 9700 Stimmen; sein Gegner, der clericale Graf du Demaine 9100 Stimmen. Gegen die Regel war bei diesem zweiten Wahlgange die Zahl der Wähler größer als bei der ersten Abstimmung; du Demaine gewann im Vergleich zur ersten Abstimmung etwa 800 Stimmen und Saint Martin hatte diesmal 250 Stimmen mehr als vor 14 Tagen, er und sein Mitbewerber, der gemäßigte Republikaner Raspail zusammen gehabt hatten. Die reactionaire Presse erhebt natürlich großen Lärm und sucht Capital daraus zu schlagen, daß Saint Martin der extremsten Fraction der radicalen Partei angehört. — Die Kammer hält heute Sitzung; die Cassagnac'sche Angelegenheit wird aber erst morgen oder vielleicht erst Donnerstag auf's Tapet kommen. Die Meinungen sind mehr als jemals getheilt darüber, ob die Kammer die Erlaubniß zur Verfolgung Cassagnac's gewähren solle oder nicht. Der Präsident Grévy ist, wie man sagt, gegen die Verfolgung, Gambetta hingegen soll dieselbe befürworten. In den „Débats" bekämpft heute John Lemoinne sehr entschieden die Idee, Paul de Cassagnac frei ausgehen zu lassen. „Wir erlauben uns, sagt er, für eine solche Seelengröße der Landesvertreter unempfindlich zu sein. Die Wahrheit ist, daß die Versammlungen sich sehr wenig um die Preßfreiheit bekümmern, daß unsere Gesetzgeber, selbst die vorgerücktesten, mit größter Gemüthsruhe die Strenge des Gesetzes auf die Journale, denen sie nicht wohl wollen, drücken sehen und daß, mit einem Worte, die Kammer nicht die Preßfreiheit, sondern nur ihre eigenen Privilegien vertheidigen will. Und dies eben können wir im Namen der Gerechtigkeit nicht billigen. Diejenigen, welche die Gesetze machen, müssen zuerst das Beispiel der Achtung vor den Gesetzen geben. Wenn ein Deputirter sich ungestraft erlauben kann, was einem einfachen Bürger verboten ist, so stellt er sich über das gemeine Recht. Wenn dieser und jener Senator sich in gleichviel welchem Journal Ausschreitungen erlauben darf, welche die Justiz von einem schlichten Journalisten nicht dulden würde, so leidet darunter die ganze Presse." — Der Conseilspräsident hat einen Prozeß gewonnen, den er gegen ein bonapartistisches Blatt der Charente, den „Suffrage universel", dessen Director der Deputirte Cuneo d'Ornano ist, angestrengt hatte. In diesem Blatte war behauptet worden, Frau Jules Simon habe während der Belagerung von Paris die Crucifixe in den Elementarschulen verbrennen lassen. Das Urtheil des Gerichtshofes lautet auf Zahlung einer Entschädigung von zweitausend Franken und eine Geldbuße von demselben Betrage. — Gestern haben die Pariser Republikaner in verschiedenen Banketten den 29. Jahrestag der Republik von 1848 gefeiert. Die Gemäßigten tafelten im 16. Arrondissement unter dem Vorsitz Henri Martin's, welcher die Republik von 1848 als die Vorläuferin der jetzigen Republik pries und in seinen Trinkspruch ein Lob Mac Mahon's einfließen ließ. Zum Schluß sammelte man für die Arbeiter von Lyon; aber einer der Anwesenden machte den Vorschlag, die Hälfte der Collecte den Familien der Deportirten von Noumea zuzuwenden. Obgleich dieser Antrag keinen Widerspruch fand, scheint er doch einige Verstimmung hervorgerufen zu haben, denn die Collecte ergab nur einen sehr geringfügigen Ertrag. In Saint-Mandé führte Louis Blanc den Vorsitz bei einem Bankett der Intransigenten und hier waren begreiflicher Weise die Reden etwas stärker accentuirt. Gambetta sollte gestern einer wissenschaftlichen Conferenz im Circus Fernando in Montmartre präsidiren. Er war aber noch unwohl und an seiner Stelle erschien Spuller. Ein großer Theil des Publikums nahm diese Aenderung des Programms nicht ruhig hin und verließ den Saal, worauf der Redner, der Arzt Galopin, von den „Parasiten und den Schildwachen des Gehirns" sprach. — Nach den bisher im Ministerium des Innern eingelaufenen Berichten haben 7 Unterpräfecten und Generalräthe sich geweigert, die ihnen durch den letzten Beamtenschub angewiesenen neuen Stellungen einzunehmen. Es wird dadurch ein zweiter Schub erforderlich, welcher, wie es heißt, die Entlassung oder Versetzung einiger Präfecten mit sich führen wird. — Mehrere Blätter sprechen davon, daß der Marschall Mac Mahon selbst die Initiative zur Rückkehr der beiden Kammern nach Paris, überhaupt zu einer Verlegung des Regierungssitzes in die wahre Hauptstadt ergreifen werde. Die Nachricht verdient Bestätigung. Wie man weiß, kann diese Veränderung nur durch eine Verfassungs-Revision bewerkstelligt werden. Der Marschall hat allerdings das Recht (und bis zum Ablauf seiner Regierungszeit hat er allein das Recht), eine Verfassungsrevision zu verlangen; aber diese Revision muß vorher von jeder der beiden Kammern bewilligt werden, und wenn also der Senat sich ihr widersetzt, kann sie nicht stattfinden, von anderen Schwierigkeiten, die sich darbieten, nicht zu reden. — Dem Pater Hyacinth ist die Erlaubniß zur Abhaltung von Conferenzen moralischen und philosophischen Inhalts provisorisch wieder entzogen worden. Einem sehr unverbürgten Gerücht zufolge hätten die Republikaner die Absicht, bei einer der nächsten Wahlen zur Deputirtenkammer dem Pater Hyacinth eine Candidatur anzubieten.

⊙ **Paris**, 27. Febr. [Die Vertreter der Colonien in der Deputirtenkammer. — Insubordination in Beamtenkreisen. — Zur Lyoner Arbeiterkrisis. — Zum Schulwesen. — Moltke's russische Briefe.] Die Kammer hat sich in ihrer gestrigen Sitzung mit Lacascade's und Ferry's Antrag über die Colonialvertretung beschäftigt. Nach der Annahme der Verfassungsgesetze, welche einer jeden der vier Colonien Réunion, Martinique, Guadeloupe und Französisch-Indien einen Senator gewährten, hatten die Republikaner nur mit großer Mühe durchgesetzt, daß diese Colonien auch in der Deputirtenkammer ihre Vertreter behielten. Sie mußten aber auf eine Vertretung für Guyana und den Senegal verzichten. Jetzt beantragen Lacascade und Jules Ferry die Wiederherstellung dieser Vertretung. Lacascade, Lecesne, Drumel und de Melly vertheidigten den Vorschlag mit großer Wärme namentlich im Interesse des Colonialhandels; der Marineminister bekämpfte ihn, wobei er sich hauptsächlich darauf stützte, daß man den beiden Colonien auch Vertreter im Senat geben müßte, was augenblicklich verfassungsmäßig nicht möglich ist. Die Kammer ließ diesen Einwnd nicht gelten, und mit 310 gegen 142 Stimmen wurde das Gesetz (in zweiter Lesung) angenommen, worauf die Versammlung sich bis Donnerstag vertagte. — Der „Moniteur" und andere Blätter seiner Partei sind sehr ungehalten darüber, daß schon wieder von neuen Veränderungen im Beamtenpersonal die Rede ist, und sie drohen mit einer Interpellation im Senat. Wenn es zu einer solchen kommt, wird die obere Kammer freilich die Nothwendigkeit gewisser Aenderungen zugeben müssen. Wie gemeldet, haben mehrere Unterpräfecten ihre Versetzung abgelehnt und dadurch den Minister gezwungen, ihnen den Abschied zu geben; überhaupt zeigt sich angesichts der Maßregeln, welche Jules Simon getroffen hat, abermals in dem Beamtencorps jener Geist der Insubordination, der in den letzten Jahren öfters aufgefallen ist. So schreibt z. B. der Unterpräfect von Lannion einen groben öffentlichen Brief an seinen nächsten Vorgesetzten, den Präfecten von Saint-Brieuc, worin er demselben vorwirft, seine Absetzung veranlaßt zu haben in der Absicht, sich selber in Sicherheit zu bringen. „Aber, fügt dieser rachsüchtige Unterpräfect hinzu, Ihr eigener Fall ist nur aufgeschoben, Sie werden ihm nicht lange entziehen können." Ueber seine Absetzung brüstet der Unterpräfect sich damit, daß „sie ihm erlaube, sich mit erhobenem Haupte und mit der Achtung der ehrlichen Leute zurückzuziehen" u. s. w. Es ist aber Manches faul in der französischen Verwaltung, und Jules Simon wird seine liebe Noth haben, wenn er wieder eine stramme Disciplin einführen will, wie er es auf der Tribüne versprochen hat. — Der Vorstand der Lyoner Handelskammer hat dem Handelsminister in einem Schreiben auseinandergesetzt, wie die Lyoner Arbeitskrise entstanden sei: einzig und allein durch eine übermäßige Production in Verbindung mit einer Einschränkung des Verbrauchs. Seit 5 Jahren, heißt es in diesem Schreiben, hat die Lyoner Fabrikation unaufhörlich gearbeitet. Mehr begünstigt als ihre Concurrenten, ist sie den Handelskrisen, welche in den Vereinigten Staaten, in Deutschland, in Oesterreich ausbrachen, entgangen, und sie hat um so weniger gezögert, ihre Kräfte anzuspannen, als sie den Rohstoff zu billigem Preise bei der Hand hatte. Aber wohl ohne ernstliche Gefahren kann eine Industrie solchergestalt ihre Production übertreiben. Der Verbrauch schlug eine ganz andere Richtung ein; statt sich den Seidenstoffen zuzuwenden, wandte er sich vielmehr zeitweilig den Wollenstoffen zu. Der Abstand zwischen der Production und dem Verbrauch steigerte sich dermaßen, daß im Frühjahr 1876 eine Krise als wahrscheinlich gelten mußte." Wie der Brief weiter erklärt, konnte die im Frühjahr 1876 eintretende Hausse der Rohseide nur eine vorübergehende Täuschung erwecken; in Folge der durch die orientalische Frage veranlaßten Geschäftsstockung wurde die Situation völlig unhaltbar. Schließlich erklärt der Vorstand der Lyoner Handelskammer es beinahe für ein Unglück, daß man die schlechte Lage der Lyoner Industrie nicht verheimlicht habe, anstatt sie durch den Lärm in der Presse, durch die Subscriptionen zu Gunsten der Arbeiter u. s. w. ganz Europa bekannt zu machen, denn die Bestellungen von außerhalb hätten sich in Folge dieses Lärms mehr und mehr eingeschränkt und von England aus seien mehrere Bestellungen zurückgezogen worden. Dies Argument wird vielleicht nicht den vollen Beifall der Lyoner Arbeiter finden. — Im verflossenen Jahre haben sich etwa 1200 französische Gemeinden bereit erklärt, mit Unterstützung des Staates Elementarschulen zu bauen; etwa 1000 dieser Schulen sind in Angriff genommen worden und es wird dafür eine Summe von 12½ Millionen verausgabt. Wie es heißt, will die äußerste Linke der Kammer nächstens den Antrag einbringen, den Religionsunterricht in den Staatsschulen abzuschaffen. Sie verspricht sich freilich selber keinen praktischen Erfolg von dieser Kundgebung. — Die „Republique Française" beginnt heute in ihrem Feuilleton mit der Veröffentlichung der russischen Briefe Moltke's. Sie schickt ihnen eine kurze Einleitung voraus, worin sie hervorhebt, wie sehr gerade das französische Publikum ein Interesse daran habe, den Organisator der deutschen Armee kennen zu lernen.

Provinzial-Zeitung.

* **Breslau**, 1. März. [Der schlesische Kunstverein] bringt in den nächsten Tagen drei vorzügliche, der National-Gallerie in Berlin gehörige Bilder: der Einzug unseres Kronprinzen zu Jerusalem 1869 von W. Gentz — die Rückkehr der Tyroler 1809 von Defregger — der Zug des Todes von Gustav Spangenberg, hier im Saale des Zwingergebäudes zur Ausstellung; wir machen im Voraus das kunstliebende Publikum auf diese Bilder, welche durch besondere Erlaubniß Sr. Majestät des Kaisers nach hier gelangen, aufmerksam.

[Angekommen.] Se. Durchl. Prinz Czartoryski, Rgtsbes. a. Posen. Se. Durchl. Prinz v. Schönaich-Carolath, Rgtsb. a. Saabor. (Frdbl.)

† **Löwenberg**, 28. Febr. [Feuer.] In der 8. Abendstunde brach gestern in dem nahegelegenen Plagwitz auf bis jetzt noch unaufgeklärte Weise Feuer aus, wobei das Rothmannsche Bauergut total eingeäschert wurde und circa 80 Schafe, 2 Stück Hornvieh und mehrere Schweine verbrannten. Die Löschhilfe konnte sich bei dem starken Westwinde nur darauf beschränken, die angrenzenden Besitzungen zu schützen. — Heut bei 3 Grad Kälte und unausgesetztem Schneefall das herrlichste Winterwetter. — Nach langem Leiden verschied gestern der königl. Hauptmann und Chef der Invaliden-Compagnie der Provinz Schlesien, Herr T. C. Höhne, im 81. Lebensjahre.

J. P. **Glatz**, 28. Febr. [Sparkasse. — Neue Telegraphen-Anstalten. — Witterung.] Aus dem Bericht des hiesigen Magistrats über die Sparkasse und den Sparkassen-Reservefonds der Stadt Glatz für das Jahr 1876 ist Folgendes mitzutheilen: Das Guthaben der Einleger betrug Ende 1875 aber schon 344,045 Mk. Zu letzterem Capital wurden im Laufe des vorigen Jahres 120,953 Mk. zugezahlt und an nicht erhobenen Zinsen 10,466 Mk. gutgeschrieben. Die Einleger nahmen dagegen zurück 71,176 M.; mithin betrug das Capital der Einlagen im vorigen Jahre 404,288 Mk. 75 Pf. und hat sich also gegen das Jahr 1875 um 60,243 Mk. und seit Ende 1870 um 218,781 Mk. vermehrt. An Zinsen-Ueberschuß sind dem Reservefonds 5258 M. überwiesen worden. Die Einnahmen und Ausgaben des Sparkassen-Reservefonds schließen mit 16,663 M. 66 Pf. Die neu angelegten Capitalien betragen 9036 M., die Verwaltungskosten 776 M. und die den Statuten gemäß zum städtischen Armenfonds gezahlten Zinsüberschüsse 6,607 M. Das Vermögen des Sparkassen-Reservefonds 1876 stellt sich auf 44,813 Mark 83 Pf. und übersteigt das statutenmäßige Soll um circa 4,400 Mark. Verluste hat auch im Jahre 1876 weder die Sparkasse noch der Reservefonds erlitten. — In Möhlten und Rückers, Kreis Glatz, werden morgen mit den kaiserlichen Postämtern vereinigte Telegraphen-Anstalten mit beschränktem Tagesdienst eröffnet werden. — In Habelschwerdt kündigte gestern ein Conditor auch „Mondfinsternißbier" an. — Vorgestern war das Quecksilber des Barometers bis 323''',22 gefallen und das des Thermometers Mittags bis + 6°,3 bei heftigem Südweststurm gestiegen. Das Wetter ist in hohem Grade veränderlich und wechseln Regen, Schneetreiben und Sonnenschein oft mehrmals in einer Stunde. Während wir gestern Abend die Mondfinsterniß bei ganz klarem Himmel von Anfang bis Ende beobachten konnten, herrscht heut wieder arges Schneetreiben. Der Thermometer zeigte heut früh 6 Uhr — 3°,8 R., während der Barometer bereits wieder bis 328''',03 gestiegen ist.

—r. **Namslau**, 26. Februar. [Nochmals die Friedhofs-Angelegenheit.] Die in dieser Zeitung wiederholt erhobenen Bedenken gegen die Anlage des neuen Friedhofes hinter der polnischen Vorstadt, rechts an der nach Brieg führenden Chaussee, werden wegen dem damit für die Leichenzüge verbundenen Ueberschreiten der Rechte-Oder-Ufer-Eisenbahn und wegen der durch die bevorstehende Erweiterung des Bahnhofsplanums nothwendig werdende bedeutende Verlängerung des Weges nach dem neuen Friedhofe, — nunmehr von einem größeren Theile der hiesigen Bürgerschaft ebenfalls anerkannt und von verschiedenen Seiten wird als zur Anlage des neuen Friedhofes ganz besonders geeignet, dasjenige Stück Land bezeichnet, welches ebenfalls in der polnischen Vorstadt aber rechts und in geringer Entfernung von der nach Creuzburg führenden Chaussee an der Böhmwitzer Grenze zwischen dem sogenannten Böhmwitzer Friedhofe und dem Friedhofe der hiesigen jüdischen Gemeinde liegt und welches städtisches Eigenthum ist. Zu demselben müßte allerdings ein entsprechendes Stück des östlich dahinter gelegenen Ackers zugekauft werden, der aber Seitens seiner gegenwärtigen Besitzer gegen Abtretung einer anderen Parzelle städtischen Ackers um so eher hergegeben werden dürfte, als dieser sehr hoch gelegene Acker durchweg sandig und kiesig ist und nur magere Ernten zu gewähren vermag. Durch theilweise Abtragung dieses hoch gelegenen, zur Anlage eines Friedhofes sich ganz vorzüglich eignenden Ackers würde sich das vor demselben und zwar tiefer gelegene städtische Terrain leicht planiren lassen und da der Böhmwitzer Friedhof Eigenthum der Stadt-Gemeinde und der Böhmwitzer Gemeinde nur das Recht von dessen Mitbenutzung zusteht, so könnte dieser kleine Friedhof mit dem daneben und dahinter anzulegenden neuen Friedhofe durch Entfernung seiner östlichen und südlichen Umzäunung sehr leicht vereinigt werden und würde dann dessen nordwestliche Ecke bilden. Da aber endlich auch das auf jenem städtischen Terrain stehende städtische Gebäude, welches bisher bei Ausbruch von Epidemien als Krankenhaus benutzt worden ist, dann innerhalb des neu anzulegenden Friedhofes zu liegen käme, und nicht nur für den Todtengräber eine geräumige Wohnung, sondern erforderlichen Falles auch noch genügenden Raum für etwa nothwendig werdende Unterbringung von Leichen bieten würde, so dürfte sich kein anderer Platz so gut als gerade der hier erwähnte zur Anlage eines neuen Friedhofes eignen. Der Weg nach demselben ist jedenfalls nicht weiter als derjenige, nach dem früher hierzu in Aussicht genommenen Platze (d. h. so lange dieser durch die Verlegung der Brieger Chaussee nicht um ein großes Stück verlängert wird), und führt die Creuzburger Chaussee entlang durch die polnische Vorstadt bis an den Lankauer Weg, der dann allerdings ein Stück entlang (bis zum jüdischen Friedhofe) wird chaussirt werden müssen; denn jedenfalls haben unsere jüdischen Mitbürger das Recht zu beanspruchen, daß ihnen nach ihrem Friedhofe auch ein passirbarer Weg geschaffen wird.

O. **Myslowitz**, 27. Febr. [Rinderpest.] In Folge eines Gerüchtes, daß in dem eine Meile von hier entfernten russischen Dorfe Zagorze mehrere Stücke Rindvieh gefallen seien, begab sich heut Herr Landrath v. Berlepsch nach dort, um die zum Schutze des Kreises nöthigen amtlichen Ermittelungen vorzunehmen. Man fand die schon vor einigen Tagen gefallenen Viehkörper unverscharrt vor (s. die Corresp. „Oppeln" in Nr. 99 d. „Bresl. Z.") und der zugezogene Thierarzt, Herr Schmidt von hier, constatirte, daß das Vieh an der Rinderpest verendet und daß die Seuche rapide um sich greift. Von Seiten der russischen Behörde ist dieser Vorfall bis jetzt außer Beachtung gelassen. So grassirt denn wirklich jetzt auch jenseits der Grenze die Rinderpest. Soeben geht die telegraphische Nachricht ein, daß auch in Czladz die Rinderpest ausgebrochen ist.

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Hier hat man von der Mondfinsterniß nicht viel zu sehen bekommen, da sich bald nach Beginn derselben der Himmel bewölkte. Gegen 11 Uhr entlud sich wieder ein Gewitter mit grellen Blitzen und stark rollendem Donner.

† Kattowitz. Verunglückt ist nach Aussagen einiger Leute vor einigen Tagen in der Nähe der Station Idaweiche ein Mann, der anscheinend im betrunkenen Zustande auf den Bahnkörper der Eisenbahn trat und von dem ankommenden Zuge überfahren wurde. Nach einigen Stunden starb der Ueberfahrene.

△ Hultschin. Am 26. Febr. Abends 7 Uhr wurden wir durch Feuerlärm erschreckt. In dem ½ Meile von hier entfernten Kosmütz war in der Scheuer des Bauern Wittaffek Feuer ausgebrochen, das bei dem orkanähnlichen Sturme an jenem Abend in kürzester Zeit 6 Wohngebäude und 6 Scheuern in Asche legte. Das Feuer erhielt durch die aufgehäuften Getreide- und Futtervorräthe reichliche Nahrung, doch konnten sich Menschen und Vieh retten, weshalb in dieser Richtung kein Unglück zu beklagen ist. Der Schaden ist nicht unbedeutend, doch sollen sämmtliche Abgebrannten versichert sein.

Berlin, 28. Febr. Der Geschäftsverkehr der heutigen Börse hatte zeitweise einen etwas erregteren Charakter angenommen. Im Allgemeinen waltete wohl eine feste Tendenz vor und lagen derselben auch wohl mehrere bestimmende Momente zu Grunde. Indeß machten sich der festen Strömung gegenüber auch gegentheilige Einflüsse geltend, die nicht nur in den Notirungen der Haupt-Speculationspapiere ziffermäßigen Ausdruck gewannen, sondern die zeitweise ihre Hegemonie auch auf entfernter liegenden Gebieten bemerkbar machten. Auf den Verkehr in den internat. Speculationspapieren äußerte der Inhalt einer in Paris erschienenen Brochüre, die über die finanzielle Lage der Oesterr. Staatsbahn kein günstiges Bild entrollt, deren Erscheinen übrigens schon vorher avisirt war, eine deprimirende Wirkung auf die Hauptspeculationspapiere. Auch Paris brachte mattere Course für Franzosen. Anregend wirkten hingegen die Telegramme über den Stand der Dinge im Orient, welche sich über den Friedensschluß mit Serbien und die neuen Vorschläge der Pforte an die Großmächte auslassen. Endlich beruhigte es auch die Börse, daß nun doch noch rechtzeitig die Einlösung des März-Coupons der 8%igen Rumänischen Eisenbahn-Stammprioritäten erfolgt. Oesterr. Staatsbahn und Creditactien verhältnißmäßig recht belebt. Oesterreichische Nebenbahnen sehr still, aber im Allgemeinen recht fest. Galizier zogen etwas an. Für die localen Speculations-Effecten besserte sich die Haltung im Verlaufe des Verkehrs. Die Coursveränderungen blieben immerhin von wenig Belang. Disconto-Commandit 104,10, ult. 103,50—103,40—104,25, Laurahütte 65,25, ult. 65¼—½—¼. In recht fester Stimmung hatten die ausländischen Staatsanleihen eröffnet, später schwächte sich die Haltung wieder etwas ab. Russische fundirte Anleihen besser, Prämien-Anleihen indeß matt und angeboten. Anlagewerthe meist ganz geschäftslos. Einheimische Prioritäten zwar fest, aber in sehr geringfügigem Umsatz, dasselbe ist von ausländischen Prioritäten zu sagen. Auf dem Eisenbahnactienmarkte herrschte anfänglich eine sehr matte Tendenz, die indeß später einer Besserung Platz machte. Potsdamer höher, Stettiner angeboten, desgleichen auch Halberstädter, diese aber eben so wie Anhalter später über Cours begehrt. Rumänier besser, Görlitzer zum gestrigen Course eher angeboten. Auch Berlin-Dresdener zeigten sich schwächer, Halle-Sorauer lebhaft, Rumänische Stammprioritäten besser. Bankactien sehr ruhig, Posener Provinzialbank besser, Deutsche Bank wurde zu letzter Notiz lebhaft umgesetzt, Meininger Credit belebt, Weimarische Bank rege, Braunschweiger Bank weichend, Berliner Handels-Gesellschaft matter, Mecklenburgische Hypotheken offerirt, Centralbank für Industrie, da ein ablehnender Beschluß des Abgeordnetenhauses in Betreff der Berlin-Dresdener Bahn als voraussichtlich angenommen wurde, offerirt, doch fanden sich zur herabgesetzten Notiz auch Nehmer. Industriepapiere meist unbelebt, Große Pferdebahn und Viehhof angeboten, Centralstraße in guter Frage, Deutsche Bau-Gesellschaft höher, es fehlte an Abgebern, Oberschlesische Eisenbahnbedarf fest, Hoffmann Waggon-Fabrik besser, Hibernia höher, Kölnisches Bergwerk steigend, Centrum und Louise recht fest und belebt, Märkisch-Westfälisches Bergwerk u. Bergisch-Märkisches Bergwerk besser, Pluto matt.

Um 2½ Uhr: Ruhig. Credit 243, Lombarden 128,50, Franzosen 379, Reichsbank 155,75, Disconto-Commandit 103,90, Laurahütte 65,40, Türken 12,20, Italiener 71,90, Oesterr. Goldrente 60,25, Silberrente 54,90, Papierrente 50,75, 5pCt. Russen 82,50, Köln-Mindener 95,50, Rheinische 105,50, Bergische 76,50, Rumänen 12,25.

Berlin, 28. Febr. [Producten-Bericht.] Ein Schneesturm brachte uns in verflossener Nacht keinen ziemlich strengen Frost, der, bei Aussicht auf mehr Schnee, gemildert noch fortbesteht. Dennoch war die Stimmung für Roggen heute wieder recht matt und die Preise haben unter mehrseitigen Realisirungen sich neuerdings bemerkbar verschlechtert. Nicht so ungünstig wie der Terminhandel gestaltete sich das Geschäft mit Waare; da mehr Kauflust sich zeigte, wurden feste Preise erzielt. — Roggenmehl billig aber mit etwas mehr Handel. — Weizen unbelebt. Preise schwach behauptet. — Hafer loco unverändert. Termine fortdauernd still. — Rüböl schien ermatten zu wollen, aber für nahe Lieferung sind wegen knapper Anerbietungen gestrige Preise schließlich gern bezahlt worden; umgesetzt ist wenig. — Petroleum etwas niedriger. — Spiritus recht still und ohne wesentliche Aenderung. Das Lager umfaßt jetzt 5,556,000 Liter, hat im Februar also um beinahe 1 Million sich vermehrt.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, weiß bunter polnischer — Mark ab Bahn bez., per April-Mai 225½—225 bez., per Mai-Juni 225½—225 M. bez., per Juni-Juli 225½—225 M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 152 bis 183 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 161—162 M. ab Boden bez., neuer russischer 152—162 M. bez., poln. — M. bezahlt, inländischer 175—183 Mark bezahlt, defecter inländ. — M. bezahlt, kleiner russischer — M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per Februar-März 160 M. bez., per Frühjahr 161—160½—161 Mark bez., per Mai-Juni 159—158½—159 M. bez., per Juni-Juli 158½—158—158½ M. bezahlt. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Hafer loco 125—165 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpr. 140—155 M. bez., russischer 125—152 Mark bez., pommerscher 160—163 M. bez., schles. 153—162 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 157—163 M. bez., ungarischer 140—143 Mark bez., defecter russischer — Mark ab Bahn bez., per Frühjahr 153½—154 Mark bez., per Mai-Juni 154½—155 Mark bez., per Juni-Juli 155½ Mark bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl pr. 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack pr. Februar 23,15 M. bez., pr. Februar-März 23 M. bez., pr. März-April 22,85—80 Mark bez., per April-Mai 22,80—70 M. bez., per Mai-Juni 22,80—75 M. bez., per Juni-Juli 22,80—75 M. bez. Gekündigt 3000 Ctr. Kündigungspreis 23,15 M. — Oelsaaten: Raps 330—360 M. bez. Rübsen 325—355 M. bez. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 70,5 M. bez., mit Faß — Mark bez., per Februar — Mark bezahlt, pr. Februar-März 70,5 bis 8 Mark bez., per März-April 70,5—8 Mark bezahlt, per April-Mai 70—70,45 Mark bez., per Mai-Juni 69,8 Mark bez., per Juni-Juli — Mark bez., per September-October 67 M. bez., per October-November — M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark — Leinöl loco 60 Mark bezahlt. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 31 M. bez., pr. Februar 26,8—27,2 M. bez., per Februar-März 26,6—27,2 M. bez., per März-April 26,8—9 M. bez., per April-Mai — M. bez. Gekündigt 250 Bar. Kündigungspreis 27 M.

Spiritus loco „ohne Faß" 53,7 Mark bez., per Februar — Mark bez.

pr. Februar-März 55 Mark bez., per April-Mai 55,7—9—7 Mark bez., per Mai-Juni 56—56,2—56 Mark bez., per Juni-Juli 57—57,2—57 Mark bez., per Juli-August 58—58,3—58 Mark bezahlt, per August-September 58,5 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Berliner Börse vom 28. Februar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

	Zf.	Cours
Consolidirte Anleihe.	4½	104,10 bz
do. de 1876	4	95,40 bz
Staats-Anleihe	4	95,60 bz
Staats-Schuldscheine	3½	92,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	145,90 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,25 bz
Pfandbriefe. Berliner	4½	102 bzB
Pommersche	3½	83,25 bz
do.	4	94,25 bz
do.	4½	101,70 G
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue	4	94.40 bz
Schlesische	3½	84,96 G
Landschaftl.Central	4	95.50 bz
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	95,50 bz
Pommersche	4	95,40 bz
Posensche	4	95,30 B
Preussische	4	95,25 G
Westfäl. u. Rhein.	4	98 bz
Sächsische	4	95,75 B
Schlesische	4	95,90 bz
Badische Präm.-Anl.	4	121,50 bzG
Baierische 4% Anleihe	4	123,30 bz
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	109 40 bzB
Sächs. Rente von 1876	3	71,60 G

Kurh. 40 Thaler-Loose 251,90 bzB
Badische 35 Fl.-Loose Ziehung.
Braunschw. Präm.-Anleihe 84,20 bz
Oldenburger Loose 137,50 bz

Ducaten — —	Fremd. Bkn. — —
Sover. — —	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,26 bz	Oest. Bkn. 163,70 bz
Imperials — —	do. Silbergd. — —
Dollars — —	Russ. Bkn. 252,45 bz

Hypotheken-Certificate.

	Zf.	Cours
Krupp'schePartial-Obl.	5	104.80 bz
Unkb.Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	101 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,60 G
Unkünd. do. (1872)	5	102 bz
do. rückzb. à 110	5	106,40 bzG
do. do. do.	4½	99 bzG
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	103 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr.	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe	5	105,75 G
do. do. II. Em.	5	102 bzG
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	109,50 bz
do. do. II. Em.	5	107.60 G
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102,50 bzG
do.4½ do. do. m.110	4½	96,60 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	103 bz
Oest. Silberpfandbr.	5½	34,20 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	31 G
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	85,60 bz
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	106,25 G
do. do.	4½	94,25 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	102,90 B
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	31,80 G

Ausländische Fonds.

	Zf.	Cours
Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	55-54,90 bz
do. 1./4.1./10.)		54,90 bz
do. Goldrente	4	60,50 bzB
do. Papierrente	4⅕	— —
do. 54er Präm.-Anl.	4	93 B
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	97,25 bzB
do. Credit-Loose	—	298 G
do. 64er Loose	—	257 bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	149,50 bz
do. do. 1866	5	149,50 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	79.40 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	— —
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	78,75 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	70,75 bzG
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63,70 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,25 bzG
do. do. 1885	6	101,90 bzG
do. 5% Anleihe	5	103,10 bzG
Französische Rente	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,25 etbzB
Ital. Tabak-Oblig.	6	105 B
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	67,50 G
Rumänische Anleihe.	8	83,50 G
Türkische Anleihe	5	12,10-12,20 bz
Ung. 5%St.-Eisenb.-Anl	5	— —

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,50 B
Türken-Loose 25,70 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

	Zf.	Cours
Berg.-Märk. Serie II.	4½	— —
do. III. v. St.3½ g.	3½	85,50 B
do. do. VI.	4½	99 B
do. Hess. Nordbahn.	5	103 G
Berlin-Görlitz	5	101,50 B
do.	4½	87,50 bz
do. Lit C.	4½	— —
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	95.30 G
do. do. H.	4½	92,50 B
do. do. J.	4½	92,10 bz
do. do. K.	4½	92,25 B
do. von 1876	5	99,90 bzG
Cöln-Minden III. Lit.A.	4	92 bz
do. Lit. B.	4½	100,60 G
do. IV.	4	93,75 G
do. V.	4	91,40 bzG
Halle-Sorau-Guben	5	— —
Hannover-Altenbeken	4½	— —
Märkisch-Posener	5	102 G
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	— —
do do. II. Ser.	4	— —
do. do. Obl. I. u. II.	4	97.40 B
do do. III. Ser.	4	95,40 bz
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	— —
do. E.	3½	85,75 B
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	99,50 bzG
do H.	4½	101,50 G
do. von 1869.	5	103 G
do. von 1873.	4	— —
do. von 1874.	4½	98,50 bz
do. Brieg-Neisse	4½	98,50 B
do. Cosel-Oderb.	4	— —
do. do.	5	103,10 G
do. Stargard-Posen	4	92,75 bz
do. do. II. Em.	4½	99,25 G
do. do. III. Em.	4½	99,25 G
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn	5	— —
Rechte-Oder-Ufer-B.	5	— —
Schlesw. Eisenbahn	4½	99,75 G
Chemnitz-Komotau.	5	101 G
Dux-Bodenbach.	5	55.40 bz
do. II. Emission	5	35,25 bzB
Prag-Dux.	fr.	21 B
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	82,10 G
do. do. neue	5	80,25 bz
Kaschau-Oderberg	5	54,20 bzB
Ung. Nordostbahn	5	51,30 G
Ung. Ostbahn.	5	48,70 G
Lemberg-Czernowitz	5	62,50 bzG
do. do. II.	5	62 bzG
do. do. III.	5	54,60 bz
Mährische Grenzbahn	5	50,30 G
Mähr.-Schl. Centralb.	fr.	— —
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn	5	61 bzG
Oesterr.-Französische	3	318,75 bz
do do. II.	3	301,30 bz
do. südl. Staatsbahn	3	232.10 bzG
do. neue	3	233,10 bzG
do. Obligationen	5	76,50 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	49,90 bz
Warschau-Wien II.	5	94,75 G
do. III.	5	90,50 bzG
do. IV.	5	82,20 bz
do. V.	5	79,50 G

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	169,60 bz
do. do.	2 M.	3	169,05 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20.395 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,35 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	248 75 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	251,85 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	163,60 bz
do. do.	2 M.	4½	162 50 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	21,50 bzB
Berg.-Märkische	4	—	4	76,60 bz
Berlin-Anhalt	8	—	4	99,50 bzG
Berlin-Dresden	2½	0	4	19,90 bz
Berlin-Görlitz	0	0	4	18,00 bz
Berlin-Hamburg	10	—	4	168,40 bzB
Berl. Nordbahn	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	77,25 bzB
Berlin-Stettin	6⅘	8⁹/₁₀	4	119 00 etbzB
Böhm. Westbahn.	5	—	5	68 50 G
Breslau-Freib.	5⅔	—	4	68,50 bzG
Cöln-Minden	4⁶/₁₀	—	4	95,75-96-95,75
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	4 80 bz
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	86,10 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	13,70 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	4	13,75 bz
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	34,40 B
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	42,70 bzG
Ludwigsb.-Bexb.	9	—	4	177,90 bz
Märk.-Posener	0	0	4	18,60 bz
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	101,25 bzG
Magdeb.-Leipzig	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh.	6	—	4	94,00 B
Niederschl.-Märk.	4	4	4	96 79 B
Oberschl. A.C.D.E.	13½	—	3½	121 00 bz
do. B.	13½	—	3½	115,00 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6⅘	—	4	389,50-79
Oest. Nordwestb.	5	5	5	182,90 bz
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	127-129
Ostpreuss. Südb.	0	0	4	23,40 bzB
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	4	109 bz
Reichenberg-Pard	4½	—	4½	44,00 bz
Rheinische	8	—	4	165 60 bz
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	92,60 G
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	11.40 bz
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	12-12,20 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	21,10 G
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101 00 B
Thüringer Lit A.	8½	—	4	121,00 bzG
Warschau-Wien.	7½	—	4	177,50 G

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer	5	—	5	40,25 bzG
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	17 G
Halle-Sorau-Gub.	0	0	5	34,25 bzG
Hannover-Altenb.	0	0	5	33,25 bzB
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	— —
Märkisch-Posener	3½	—	5	70,30 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	67,75 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	84,50 bzG
Ostpr. Südbahn	5	—	5	73,60 bzB
Pomm. Centralb.	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	106,25 bzG
Rumänier.	8	—	8	55,75 bzG
Saal-Bahn	1½	—	5	— —
Weimar-Gera.	2½	—	5	26,40 bz

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	0	0	4	26,75 G
Anglo DeutscheBk.	3	0	4	36,50 G
Berl. Kassen-Ver.	17,7	10⁷/₁₂	4	154,00 G
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	52,00 bz
do.Prod.-u.Hdls.-B.	3½	—	4	79 40 G
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	97,00 bzG
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	69,25 G
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	5⅔	4	74,00 G
Coburg. Cred.-Bnk.	2½	—	4	71,00 G
Danziger Priv.-Bk.	7	7	4	117,10 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	97,10 bz
Darmst. Zettelbk.	5½	5¼	4	96,70 G
Deutsche Bank	3	—	4	85,25 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	155,75 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	8	4	92,40 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	104,10 bz
do. ult.	7	—	4	103,75-3⅞ bz
Genossensch.-Bnk.	5½	6½	4	92,75 G
do. junge	5½	5½	4	87,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	4,00 G
Goth. Grundcredb.	8	—	4	102,50 G
Hamb. Vereins-B.	9⅘	10	4	118,50 G
Hannov. Bank	6⁷/₁₅	5¹⁴/₁₅	4	103,40 bzB
Königsb.Ver.-Bank	5¼	—	4	82,80 G
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	65 bz
Leipz. Cred.-Anst.	7	6	4	109,50 G
Luxemburg. Bank	6½	—	4	82.00 B
Magdeburger do.	5½	6	4	106,50 bz
Meininger do.	3	2	4	73,20 etbzB
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	14,00 B
Nordd. Bank	6⅔	8	4	130,00 bzG
Nordd. Grundcr.-B.	9	8	4	96,75 G
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	49,25 G
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	242-41-43,50
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	102,90 bzG
Pr.Bod.-Cr.-Act.-B.	8	8	4	96,25 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	8½	9½	4	117,00 b G
Sächs. Bank	10	8	4	111,50 G
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	97 30 G
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86,50 G
Schl. Vereinsbank	5	—	4	92,00 G
Thüringer Bank.	5	—	4	69,50 bzG
Weimar. Bank.	0	—	4	40,00 bzG
Wiener Unionsb.	2⁵/₇	—	6	81,00 bz

In Liquidation.

Berliner Bank	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	56,00 G
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 G
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,50 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	89,40 bz
Hannov. Disc.-Bk.	8⅓	—	fr.	98,00 G
Hessische Bank	—	—	fr.	— —
Ostdeutsche Bank	—	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,40 B

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	711,00 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	8 60 G
do. Reichs-u.Co.-E.	0	0	4	66,50 bzG
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	13,00 bzG
Nordd. Gummifab.	5	—	4	54,00 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	2,00 etbzG
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	112,00 G
Schles. Feuervers.	20	—	4	725 B
Donnersmarkhütte	2	—	4	19,00 G
Dortm. Union	0	—	4	5,10 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	65,25 bz
Lauchhammer	0	—	4	23,00 B
Marienhütte	8	—	4	68,00 G
OSchl. Eisenwerke	1½	—	4	8,00 B
Redenhütte	0	—	4	3,00 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7 B
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77 bzB
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	81 bzG
Tarnowitz. Bergb.	0	—	4	39,00 G
Vorwärtshütte	0	—	4	8,00 B
Baltischer Lloyd	0	—	4	41,00 G
Bresl. Bierbrauer.	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	46,25 B
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,60 G
Erdm. Spinnerei	1	—	4	18,00 bzG
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	39.00 G
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	14,60 G
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	25 50 G
Schl. Leinenind.	8	5⅓	4	67,00 B
do. Porzellan	0	—	4	10,00 G
WilhelmshütteMA.	4⅔	—	4	69,50 G

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

London, 28. Febr. In gestriger Wollauction waren Clothing billiger, Combing fest.

Telegraphische Depeschen.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 28. Febr. Der „Politischen Correspondenz" wird aus Petersburg telegraphisch gemeldet, daß der General Ignatieff sich demnächst nach Wien, Berlin und Paris begeben wird. Dasselbe Organ bespricht nochmals die Nachricht von einer unmittelbar bevorstehenden militärischen Action am Pruth und hält die Eröffnung einer solchen in der gegenwärtigen Jahreszeit für unwahrscheinlich. — Aus Belgrad wird der genannten Correspondenz bezüglich des sofortigen Schlusses der Skupschtina nach der Annahme der mit der Pforte vereinbarten Friedensgrundlagen berichtet, daß dieser schnelle Schluß ein Gebot der politischen Nothwendigkeit gewesen sei. Man habe auf diese Weise etwaigen für das Land und die Regierung verhängnißvollen Ausschreitungen vorbeugen wollen. — In den letzten Tagen sind in Belgrad mehrere Verhaftungen von Socialisten vorgenommen worden.

Basel, 28. Febr. Die Commission in der Angelegenheit der Pariser Weltausstellung hat das Project des Obersten Rieter, betreffend die Betheiligung an derselben, angenommen und beschlossen, bei dem Bundesrathe die Bewilligung eines Credits von 375,000 Francs zu beantragen.

Versailles, 28. Febr. Die Linke, das linke Centrum und die Gruppe Gambetta beschlossen in der heutigen Versammlung einstimmig, der Regierung die Ermächtigung zur gerichtlichen Verfolgung Cassagnacs zu ertheilen. Wahrscheinlich wird in der morgenden Sitzung der bezügliche Antrag gestellt.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen-Bureau.)

Belgrad, 28. Febr. In der verflossenen Nacht wurden anläßlich einer Verschwörung zur Beseitigung des Fürsten Milan zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Die Gefahr ist noch nicht beseitigt, da die eigentlichen Leiter des Complots bis jetzt noch unentdeckt sind.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 28. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 204, 70. Pariser Wechsel 81, 45. Wiener Wechsel 163, 50. Böhmische Westbahn 137½. Elisabethbahn 107½. Galizier 173¼. Franzosen*) 189¾. Lombarden*) 63. Nordwestbahn 91. Silberrente 54¾. Papierrente 50¾. Russische Bodencredit 79⅛. Russen 1872 83. Amerikaner 1885 101¾. 1860er Loose 97½. 1864er Loose 251, 00. Creditactien*) 122¾. Oesterreichische Nationalbank 677, 00. Darmst. Bank 97½. Berliner Bankverein 90¾. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 73½. Hessische Ludwigsbahn 93⅜. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 134, 50. do. Schatzanweisungen alte 82⅜. do. Schatzanweisungen neue 79⅝. do. Ostbahn-Obligationen II. 55¾. Central-Pacific 99⅜. Reichsbank 156¼. Silbercoupons —. Goldrente 60¼. Rudolfsbahnactien 86½. Fest. Die Liquidation ist beendet.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 121¾, Franz. 189⅜, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier 172¾, Lombarden —, Goldrente —, Nationalbank —. Franzosen —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 28. Febr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Actien 117⅛, Silberrente 54¾, Goldrente 60⅜, Credit-Actien 121, 1860er Loose 97¾, Franzosen 473, Lombarden 159, Ital. Rente 72, Vereinsb. 118⅝, Laurahütte 64½, Commerzbank —, Norddeutsche 130, Anglo-deutsche 37½, Internationale Bank 85¼, Amerikaner de 1885 97⅜, Köln-Minden. St.-A. 95¾, Rhein-Eisenbahn do. 105½, Berg.-Märk. do. 76½, Disconto 2 pCt. Fest.

Liverpool, 28. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 12,000 Ballen. Fester. Tagesimport 15,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 28. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 15,000 Ballen, davon für Speculation und Export 3000 Ballen. Sehr stramm. Futures ¹/₁₆ D. theurer.

Paris, 28. Febr., Nachm. Rohzucker behauptet, Nr. 10/13 pr. Febr. pr. 100 Kilogr. 72,50, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 78,50. Weißer Zucker behauptet, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Febr. 82,50, pr. März 82,25, pr. April 82,25, pr. Mai-August 82,50.

London, 28. Febr. Havannazucker fest.

Antwerpen, 28. Febr., Nachmittags 4 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Geschäftslos.

Antwerpen, 28. Febr., Nachmittags. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 34 bez. u. Br., pr. Februar —, per März 33 bez. u. Br., per April 33 Br., per September 35 Br. Steigend.

Bremen, 28. Februar, Nachm. [Petroleum.] (Schlußbericht.) Standard, white loco 13,00 bez., 13,25 Br., per März 13,00, per April 13,00.

Hamburg, 28. Febr. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Weizen, April-Mai 222 M. Br., 221 M. Gd., September-October —. — Roggen, April-Mai 160 M. Br., 159 M. Gd., September-October —. — Rüböl, Mai 72 M. Br., 71 M. Gd., October —. — Petroleum, loco 14¼ M. Br., 13¾ M. Gd. — Spiritus, lauf. Monat 45½ M. Br., 45¼ M. Gd., April-Mai 44½ M. Br., 44⅛ M. Gd., Mai-Juni 44⅛ M. Br., 44½ M. Gd., Juni-Juli 45 M. Br., 45 M. Gd., Juli-August 45¾ M. Br., 45⅛ M. Gd., August-September —.

Wien, 28. Febr. [Die Einnahmen der franz.-österr. Staats-Bahn] betrugen in der Woche vom 19. bis 25. Februar 474,094 Fl., ergaben mithin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Minder-Einnahme von 42,781 Fl.

♃ [Statistisches.] Im Laufe des Jahres 1876 befanden sich in Deutschland excl. Baierns durchschnittlich 24,618 Kilometer Eisenbahnen im Betriebe. Die Gesammtsumme der beförderten Züge betrug 2,661,777, darunter 138,188 fahrplanmäßige Courier- und Schnellzüge, 911,206 Personenzüge, 406,908 gemischte und 824,682 Güterzüge, ferner 19,130 außerfahrplanmäßige Personen- und 361,663 Güterzüge. — Es verspäteten sich im Ganzen 6192 Courier- und Schnellzüge, 11,346 Personenzüge und 2124 gemischte Züge. In Folge der Verspätungen wurden Anschlüsse versäumt bei Courier- und Schnellzügen 752, bei Personenzügen 1993, bei gemischten 383. Die zurückgelegten Achskilometer betrugen 7,010,414,580.

♯ **Breslau**, 1. März, 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen ruhig, bei schwachen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen, feine und harte Qualitäten gut verkäuflich, pr. 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,20 bis 19,60—21,50 Mark, gelber 17,20—19,40 bis 21,10 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, nur feine Qualitäten preishaltend, pr. 100 Kilogr. neuer 15,00 bis 16 bis 17—17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. neuer 12,80—14,20 bis 15,20 Mark.

Mais gute Kauflust, pr. 100 Kilogr. 11—11,50—12,30 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 12—13,70—15,80 Mark.

Bohnen unverändert, pr. 100 Kilogr. 15,70—17—18 Mark.

Lupinen stärker angeboten, pr. 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,50 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein in matter Haltung.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	—	22	—
Winterraps	31	—	28	—	27	—
Winterrübsen	29	50	26	—	25	—
Sommerrübsen	30	—	28	—	25	—
Leindotter	24	—	22	—	19	—

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 7,10—7,40 Mark.

Leinkuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 8,60—9 Mark.

Kleesamen schwach zugeführt, rother feine Qualitäten gut gefragt, per 50 Kilogr. 50—58—66—70—76 Mark, weißer ruhig, per 50 Kilogr. 52—62 bis 65—70—75 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee matt, per 50 Kilogr. 22—25—28 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 29,25—30,25 Mark, Roggen fein 27—28 Mark, Hausbacken 26—27 Mark, Roggen-Futtermehl 10—11 Mark, Weizenkleie 8,25—9,25 Mark.

J. P. **Glatz**, 27. Febr. [Marktbericht.] Auf heutigem Wochenmarkt wurden bei ziemlich bedeutender Zufuhr nur ca. 360,000 Klgr. Getreide umgesetzt, nämlich 110,000 Klgr. Weizen, 120,000 Klgr. Roggen, 90,000 Klgr. Gerste und 50,000 Klgr. Hafer. In Folge matter Stimmung und Kauflust blieben die Preise ziemlich unverändert. Bezahlt wurde für 100 Klgr. Weizen 18,90—19,95—20,95 M., Roggen 15,20—16,55—18,75 M., Gerste 11,20 bis 12,80—14,65 M., Hafer 11,70—13,88—15,08 M., Erbsen 19—20 M. (1 M. billiger als in voriger Woche), Bohnen 20—21 M., Linsen 22—23 M., Kartoffeln 3,80 M., Langstroh 6,75 M., Krummstroh 5 M., Heu I. Sorte 7 M., II. Sorte 4,75 M., für 1 Pfund Butter 1 M. und für 1 Schock Eier 1,80—2,10 M. (60—70 Pf. billiger als vorige Woche.) Alle übrigen Cerealien behielten die vorwöchentlichen Preise.

K. **Frankenstein**, 28. Febr. [Vom Productenmarkte.] Bei heutigem Wochenmarkte wurden nachstehende Preise gezahlt: Für 100 Kilogr. Weizen 20,80 und 21,50—22 Mark, Roggen 17,80 und 18,30—18,75 Mark, Gerste 14 und 14,40—14,90 Mark, Hafer 13,55 und 14,05—14,55 Mark, Erbsen 15 M., Kartoffeln 3,20 M., Heu 7 M., Stroh 5,80 M., 1 Klgr. Butter 1,90 Mark, Eier das Schock 2,20 Mark.

[Militär-Wochenblatt.] Wittcke Oberst-Lt. vom Kriegsministerium und beauftragt mit der Function als Abtheil.-Chef im Kriegsministerium, zum Abtheil.-Chef im Kriegsministerium ernannt. Kühne, Oberst-Lieutenant à la suite des Generalstabes der Armee und Director der Kriegsschule in Engers, unter Entbindung von diesem Verhältniß, als Bats.-Commdr. in das 3. Hess. Inf.-Regt. Nr. 83 versetzt. v. Salisch, Major vom 3. Hess. Inf.-Regt. Nr. 83, unter Stellung à la suite dieses Regts., zum Director der Kriegsschule in Engers ernannt. Fischer, Port.-Fähnr. vom 4. Oberschlesischen Inf.-Regt. Nr. 63, in das 8. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 61 versetzt. v. Sarwey, Königl. Württemb. Major vom Generalstabe und commdrt. beim Großen Generalstabe, zum 1. März cr. von diesem Commando entbunden. v. Puttkamer, Oberst z. D., bisher Brigadier der 2. Gend.-Brig., die Erlaubniß zum Tragen der Uniform des Pomm. Hus.-Regts. (Blüchersche Husaren) Nr. 5 ertheilt. Köhler, Contre-Admiral, mit Pension zur Disposition gestellt. Brussatis, Mac-Lean, v. Chaulin, Unter-Lts. zur See, Patente ihrer Charge vom 15. Febr. 1876 mit der Nr. 1. 2. 3 in vorstehender Reihenfolge verliehen. Stein, Faber, Paschen, Fouquet, Rollmann, Derzewsky, Kalau vom Hofe, Höpner, Lampson, Lilie, Gildemeister, Bachem, Wentzel, Sucro, von Bunsen, Poschmann, Bauendahl, Graf Pfeil, See-Cadetten, zu Unter-Lts. zur See, mit Vorbehalt der Patentirung, befördert. v. Hinüber, See-Cadett, zur Reserve entlassen. Schneider, vom See-Bat. unter dem gesetzlichen Vorbehalt ausgeschied. Sec.-Lt., der Abschied ertheilt.

[Militär-Wochenblatt.] Stieler- v. Heydekampf, Major vom Generalstabe der 13. Div., zum Generalstabe des V. Armeecorps. Michaelis, Major vom Großen Generalstabe, zum Generalstabe der 13. Div., v. Fischer-Treuenfeld, Major vom Generalstabe des VI. Armeecorps, zum Großen Generalstabe, v. Rauchhaupt, Major vom Generalstabe der 10. Div., zum Generalstabe des VI. Armeecorps, versetzt. Wiegrebe, Major und Escadron-Chef im 1. Hess. Hus.-Regt. Nr. 13, dem Regt. aggregirt. v. Arnim, Major vom Königs-Gren.-Regt. (2. Westpreuß.) Nr. 7, zum Bez.-Commandeur des 1ten Batls. (Jauer) 2. Westpreuß. Landwehr-Regts. Nr. 7 ernannt. v. Hirsch, Major, aggr. dem Königs-Gren.-Regt. (2. Westpreuß.) Nr. 7, in dieses Regt. einrangirt. Rohde, Major a. D., zuletzt im 5. Pomm. Inf.-Regt. Nr. 42, zum Bez.-Commandeur des 2. Batls. (Hirschberg) 2. Niederschles. Landw.-Regts. Nr. 47 ernannt. des Barres, Oberst-Lieut. z. D. und Bez.-Commandeur des 1. Batls. (Jauer) 2. Westpr. Landw.-Regts. Nr. 7, von dieser Stellung entbunden. v. Zacha, Oberst z. D. und Bez.-Commandeur des 2. Batls. (Hirschberg) 2. Niederschles. Landwehr-Regts. Nr. 47, von dieser Stellung entbunden. Müldner v. Mülnheim, Hauptm. a. D., zuletzt Prem.-Lieut. im 2. Schles. Gren.-Regt. Nr. 11, zu der ihm bei seiner Verabschiedung bewilligten Pension, die Aussicht auf Anstellung im Civildienst ertheilt.

= [Civilproceßordnung und Einführungsgesetz zur Civilproceßordnung.] Vom 30. Januar 1877. Mit Parallelstellen und ausführlichem Sachregister ist soeben im Verlage der Königl. Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker) in Berlin erschienen. In derselben Weise werden nach Publication erscheinen: Strafproceß-Ordnung und Concurs-Ordnung. Für die rasche Orientirung in den neuen Gesetzen genügen nicht bloße Textabdrücke mit einem summarischen Register, vielmehr sind dazu Hinweisungen auf die Parallelstellen, sowie ausführliche Sachregister erforderlich. Die Verlagshandlung hat daher Sorge getragen, durch die Hinzufügung dieser Hilfsmittel für den practischen Gebrauch diesen Ausgaben einen höheren Werth zu verleihen. Dieselben sind von sachverständiger Hand auf das Sorgfältigste redigirt und werden allen Anforderungen in vollem Maße entsprechen. Die Ausgaben erscheinen in handlichem 8°. in guter Ausstattung, kartonnirt mit Leinwand-Rücken. Ferner ist erschienen: Gerichtsverfassungsgesetz nebst Einführungsgesetz.

[Ein origineller Kunstmäcen.] Wie man dem „Közvelemeny" aus Torda schreibt, wollte dort jüngst eine wandernde Schauspieler-Gesellschaft eine Vorstellung geben, zu welcher aber nur ein spärliches Publikum erschien. Schließlich trat einer der Künstler vor die Rampe und erklärte, vor den wenigen erschienenen Personen könne das Stück nicht aufgeführt werden. „Wie theuer spielt ihr mir das Stück?" fragte Marinka Bacsci, welcher das bezahlte Entree nicht verlieren wollte. — „Für fünfzig Gulden!" lautete die Antwort. — „Gut denn, anfangen — ich bezahle." Und die Vorstellung begann. Noch war der erste Act nicht zu Ende, als Marinka schon rief: „Davon hätte ich genug, jetzt möchte ich den zweiten Act sehen." Man fing diesen an; im zweiten Act kamen schon interessante Scenen vor. „Fanget von vorne an!" rief Marinka, und man fing von vorne an. Der Mäcen hatte jedoch so viel Tact, daß er mitten im dritten Acte rief: „Ich habe bereits genug, lasset den Vorhang fallen und kommt mir nach!" Und so geschah's. Marinka führte die arme Gesellschaft in den „Czifra" und tractirte sie bis zum hellen Morgen. Dann bezahlte er die bedungenen 50 Fl. Das Tractament war ihm überdies auf 40 Fl. zu stehen gekommen.

Witterungsbericht vom 28. Februar.
7—8 Uhr Morgens.

	Temperat. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	— 7	Windstille.	ganz heiter.
Hamburg	— 5	NW. l. Zug.	dreiviertel bedeckt.
Crefeld	— 1	W. stürmisch.	Schnee.
Hannover	— 2	NW. mäßig.	Schnee.
Leipzig	— 3	W. frisch.	ganz bedeckt.
Berlin	— 3	NW. frisch.	Schnee.
Breslau	— 4	W. stark.	Schnee.
Bamberg	— 4	W. stark.	Schnee.
Carlsruhe	— 3	SW. stark.	halb bedeckt.
Friedrichshafen	— 5	NW. frisch.	einviertel bedeckt.

Barometer fast überall gestiegen; gestern und Nachts, besonders Mittel- und Süddeutschland, heftige Schnee-Boeen, vielfach sehr stürmisch; jetzt Küsten ruhig, Binnenland unruhig, vielfach Schneefall. Temperatur beträchtlich gesunken. Frost im ganzen Lande.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 28. März 1.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	— 1°,8	— 6°,0	— 5°,7
Luftdruck bei 0°	327''',89	328''',86	330''',45
Dunstdruck	1''',26	0''',99	1''',02
Dunstsättigung	75 pCt.	87 pCt.	87 pCt.
Wind	NW. 1.	NW. 3.	NW. 2.
Wetter	bezogen, Schnee.	bedeckt, Schnee.	bedeckt, Schnee.

Breslau, 1. März. [Wasserstand.] O.-P. 5 M. 42 Cm. U.-P. 1 M. — Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.